

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Defensbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verkehrs-Anzeigen
für die dreispaltige Beizeile ober deren Raum 30 A.

Inhalt: Reminiszenzen. — Arbeiterbildung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maierbewegung: Streiks, Aussperrungen, Mahregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Der Verband der Maurer und Sandlanger in der Schweiz. Maurerkonferenz in Stalich. — Zentral-Frankenkasse. Sterbefälle. Grundstein zur Einigkeit. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterbeschwerden, Submissionen etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Reminiszenzen.

Zwischen dem Wollen und dem Können, zwischen der Erwartung und der Erfüllung gähnt der leere Raum. Wir stehen heute noch auf der Seite des Wollens und der Erwartung, doch unser Sinn strebt nach dem anderen Ufer der Kluft, nach dem Lande der Verheißung. Aber wie kommen wir hinüber? Früher glaubten einige, wir brauchten nur Kräfte zu sammeln, um in einem gewaltigen Sprunge hinüberzusetzen zu können; andere wählten, den Graben nach und nach ausfüllen zu können, und noch andere hofften auf ein Wunder, auf ein Erdbeben, das einmal alle Täler ausfüllen und alle Hügel eben würde. Wir verlassen uns weder auf das erste, noch auf das zweite, noch auf das dritte. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir die Kluft, die uns vom Gestade der Erfüllung trennt, überbrücken müssen, wenn wir zum Ziel unserer Wünsche, zum Gegenstand unseres Begehrens gelangen wollen.

Genug des Wildes! Es bedarf der fleißigen, unausgesetzten Arbeit aller Glieder unserer Bewegung, an den zunächst nötigen Werken, es bedarf weiter der Einsicht in die Bedingungen unseres Kampfes, der Erkenntnis von den natürlichen Hemmungen, die sich unserem Streben entgegenstellen, es bedarf der Geduld, weil vieles, was wir anfangen, nicht auf den ersten Griff geht. Es erscheint angebracht, der in der Hauptsache abgelaufenen Kampferperiode anzugehen, an diese Selbstverständlichkeiten zu erinnern. Wir wollen es als eine Tugend ansehen, auch über die Fehlschläge unserer Bewegung zur richtigen Zeit offen und freimütig zu reden. Nicht um überhaupt etwas zu sagen, sondern um der Sache zu dienen. Um dadurch, daß unsere Meinung darüber sagen, warum es so und nicht anders gekommen ist, zur Klärung der Ansichten beizutragen. Eine solche Klärung halten wir besonders bei der Beurteilung unseres Könnens für angebracht.

Gewiß, die Gewerkschaft vermag viel. Die Arbeit erlangt durch ihren organisatorischen Zusammenschluß Mächtigkeiten. Wo man ihr ihre Grundrechte verweigert, da bestürmt und zermürbt sie den Gegner, bis er ihre Rechte anerkennt. Sie weckt in ihren Mitgliedern das Bewußtsein, daß sie zur Gemeinschaft der Kulturmenschen gehören, gibt ihrem Wesen Selbstbewußtsein und ihrem Leben sittlichen Inhalt und Zweck. Wir müssen zurückblicken, wenn wir erkennen wollen, wie fruchtbar die Gewerkschaft gewirkt hat. Wir müssen uns der Zeiten erinnern, wo jeder Arbeiter noch ebenso ein Spielball für die Willkür des Unternehmers war, wie er es heute noch in den festesten und berücktesten Zwangsbünden des Kapitalismus ist. Dann sehen wir: die Gewerkschaft kann viel, sie hat manches anfänglich unmöglich Erscheinende möglich gemacht; sie hat Kämpfe aufgenommen und bestanden, die man früher in ihrer Größe für den Anfang vom Ende hielt. Sie ist der politischen Reaktion in den Arm gefallen und hat sie veranlaßt, den schon gesägten Degen wieder einzuschieben. — So hat sie manchen schweren Strauß bestanden und wird auch fürder manchen bestehen — aber alles kann sie doch nicht. Auch ihr Können findet seine Grenzen; keine Grenzen, die für alle Zeiten unübersteigbar sind, aber doch solche, über die sie eine Weile nicht hinaus kann.

Die Grenzen werden bedingt durch das Wachstum der Unternehmerverbände und durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes. Es ist eine unvermeidbare Folge der Ausbreitung der Gewerkschaften, daß auch die Unternehmerverbände ständig an Umfang und damit an Macht zunehmen. Der Nachschub bei den Unternehmern gibt ihren Organisationen mehr und mehr einen aggressiven Charakter und stärkt ihr solidarisches Band. Die Zeit, wo Unternehmerorganisationen in der Stunde der Gefahr, in der Eile gemacht wurden, um dann, wenn die Gefahr vorüber war, ebenso eilig wieder zu verschwinden, ist auf immer vorüber. Dies Stadium, das ja auch uns nicht erspart geblieben ist, haben die Unternehmerorganisationen überwunden. Sie sind in eine Periode der Stetigkeit und des ruhigen Ausbaues eingetreten. Die Verbindungen mit anderen Interessentengruppen, wie es die Materiallieferanten usw. sind, werden fester geknüpft und die gegenseitigen Verpflichtungen auf breitere Grundlagen gestellt. Das alles hat die Widerstandskraft der Unternehmer ungemein gehoben. Und auch die zunehmende interlokale Verständigung wirkt in diesem Sinne. Die einzelne Unternehmer-Ortsgruppe ist bei den Konflikten nicht mehr auf sich selbst angewiesen, sie findet die Solidarität aller organisierten Unternehmer, und zwar in ständig wachsendem Maße. Man braucht zwar nicht zu befürchten, daß in naher Zukunft kein abreisender Streikender außerhalb des Streikortes mehr Arbeit findet; dies Ziel der Unternehmer liegt noch in weiter Ferne, aber sie kommen ihm ständig näher. Was in dieser Beziehung der moralische Druck auf den widerstrebenden Unternehmer nicht erreicht, das holt der Terrorismus mit vielem Erfolg nach. Sachliche und politische Gründe erleichtern den Unternehmern die Ausübung terroristischer Zwanges auf ihre Berufsgenossen, die sich dem Befehl der Organisationsleitung nicht fügen wollen. Während über jeden Streikposten der Arbeiter das Damoklesschwert der polizeilichen Strafverordnungen und des § 153 der Gewerbeordnung baumeln, terrorisieren die Unternehmer unauffällig und wirksam. Offene Androhungen von Maßnahmen, die die ganze wirtschaftliche Existenz der widerstrebenden Unternehmer in Frage stellen, mögen noch so viele Klagen in den Gewerkschaften finden, sie finden aber keinen Richter; denn welcher von diesen würde es wagen, wider den Stachel zu lösen? Die herrschenden Klassen leiden sowieso nicht an einem Ueberfluß von Idealisten, am allerwenigsten aber an einem Ueberfluß von Idealisten des Rechts.

Diese wohl zu beachtende Stärkung unserer wirtschaftlichen Gegner ist eine der natürlichen Hemmungen unserer Bewegung. Eine andere Hemmung ergibt sich aus dem Auf und Ab des Arbeitsmarktes. Auf dessen Gestaltung hat die Gewerkschaft so gut wie gar keinen Einfluß; sie ist seinen Gesetzen unterworfen. In demselben Maße, wie ein guter Arbeitsmarkt unsere Kämpfe begünstigt, erschwert sie ein schlechter. Diesem Faktum gegenüber kann die Gewerkschaft nichts anderes tun, als ihre Taktik den Schwankungen der Konjunktur anzupassen. Zeiten lebhaften Geschäftsganges wird sie soviel wie möglich zum Emporrücken der Lohngrenze und zum Herabdrücken der Grenze der täglichen Arbeitszeit ausnützen, während sie sich in der stillen Zeit in der Hauptsache darauf beschränken muß, den status quo aufrecht zu erhalten. In der Hauptsache; denn manchmal wird sie auch gezwungen sein, diese taktische Regel zu durchbrechen — aus Taktik. Das kann selbst in Fällen geschehen müssen, wo ein unmittelbarer Erfolg zu den handgreiflichsten Unwahrscheinlichkeiten gehört. Es wird sich dann darum handeln, eine Forderung zu vertreten, die nur nach wiederholten schweren Kämpfen durchzusetzen ist, wo eben immer, unter allen Umständen, erst eine gewisse Summe von Druck auf den Gegner ausgeübt werden muß, ehe er nachgibt. Solche Kämpfe sind dann auch bei augenblicklicher Erfolgslosigkeit nicht vergebens gewesen; denn sie haben auch auf gegnerischer Seite Kräfte aufgezehrt und die Widerstandsfähigkeit

vermindert. Von der Arbeit, die sowieso erforderlich wird, ist dann schon ein Teil geleistet worden, der uns später zu gute kommen muß.

Wir haben bei diesen Erwägungen die Kämpfe des vergangenen Sommers im Auge, die wir um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben. Von den größeren Orten betrafen sie Berlin, Chemnitz, Erfurt und Halle. Abgesehen von Chemnitz, wo wir endlich die zehnstündige Arbeitszeit erreichten, blieb uns in allen Orten der unmittelbare Erfolg ver sagt. Für sie trifft nach unserer Meinung zu, was wir hier gesagt haben. Das Gegröble der Siegeslärmen, so ärgerlich es dem einzelnen sein mag, kann die tatsächliche Wirkung der Kämpfe um kein Jota abschwächen. Die Freude der Unternehmer ist nur insofern berechtigt, als sie noch auf einige Zeit, in Erfurt und Halle auf zwei Jahre, von der verkürzten Arbeitszeit verschont bleiben. Dann melden wir unsere Ansprüche wieder an und dann wird sich zeigen, wie weit die Wirkung der Kämpfe dieses Jahres reicht.

Es ist eine Folge der politischen und sozialen Unkultur in Deutschland, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, wie überhaupt die gewerkschaftlichen Ziele, sehr heftige und nicht nur für die Arbeiter opferreiche Kämpfe erfordern. Sechzig Jahre nach den Märztagen, die mit der Einteilung des Volkes in Herrscher und Untertanen doch wenigstens in der Theorie aufräumten, ist die Auffassung von der „Untertänigkeit“ der armen Volksklassen noch immer obenauf. Noch immer macht man dem Arbeiter das Recht streitig, bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses auch seinen Willen mit in die Waagschale zu werfen. Wie er in der Gesetzgebung nur als Objekt, d. h. als Sache behandelt wird, so auch in Produktionsprozeß. Der Unternehmer will über ihn verfügen wie über seine Maschinen. So wie er bestimmen kann, wie lange die zu laufen haben, so will er auch dem Arbeiter vorschreiben, wie lange er zu arbeiten hat. Es ist ein Grabschrei für unsere soziale Kultur, daß es in jedem Falle erst harter Kämpfe bedarf, um das selbstverständliche Recht des Arbeiters durchzusetzen, bei der Entscheidung über Fragen, die für seine Person von einschneidender Bedeutung sind, mitzuwirken, und daß er bei diesen Kämpfen die ganze öffentliche Meinung, soweit sie vom Kapitalismus beeinflusst wird, gegen sich hat. Daran wird auch dadurch nichts gemindert, daß sich die bürgerliche Wissenschaft, die danach strebt, ernst genommen zu werden, mehr und mehr auf die Seite der Arbeiter zu stellen beginnt. Es wird dadurch nur bewiesen, daß selbst die Stimme der Wissenschaft bei den Kapitalisten nichts gilt, sobald sie sich nicht in das profitorientierte Gegröble der kapitalistischen Interessenten einfügen läßt. Wir haben das während der Kämpfe dieses Sommers wieder genug beobachten können. Bürgerliche Blätter, die bei der Wahlbewegung im Januar den „Bruder Arbeiter“ auf alle möglichen Leimruten zu locken bestrebt waren, und dabei selbst den achtschündigen Arbeitstag als das „natürliche Ziel der Entwicklung“ bezeichneten, haben unsere für die Arbeitszeitverkürzung kämpfenden Kollegen geschmäht und beschimpft, wie sie es in gewohnter Gemeinheit stets getan hatten.

Es ist zwar richtig, daß uns an der Sympathie dessen, was man so „öffentliche Meinung“ zu nennen gewohnt ist, recht wenig gelegen sein kann. In den Arbeitskämpfen entscheiden im großen ganzen andere Faktoren, als die Stimmung des bürgerlichen Philisterrums. Was aber für die Durchführung unserer Forderungen unter Umständen von großem Belang sein kann, das ist die Stellungnahme des bauenden Publikums, oder, um diesen irreführenden Ausdruck zu korrigieren, der Bauauftraggeber. Ihre Stellungnahme hat schon in manchem Kampfe den Ausschlag gegeben. Bestehen diese auf Einhaltung der Baufristen, lassen sie sich nicht auf Streikaufrufen ein, so wird dadurch unsere Position in demselben Maße besser wie die der Unternehmer schlechter. Nun gehören diese Kreise meistens zu den be-

sitzenden Klassen und teilen demgemäß deren Ansichten über die Bestrebungen der Arbeiter. Die Hege der bürgerlichen Presse gegen unsere Forderungen wirkt auch auf sie ein und beeinflusst ihr Handeln. Man sieht also, daß auch die Stellungnahme der bürgerlichen Presse und keineswegs ganz gleichgültig lassen kann. Wir müssen diesem Umstand unsere Aufmerksamkeit schenken.

So gewiß nun auch ist, daß die bürgerliche Presse niemals arbeiterfreundlich werden wird, so gewiß ist es aber auch, daß sie ihre hegeische Tätigkeit gegen alleseits erhobene Arbeiterforderungen, wie es beispielsweise die nach Verkürzung der Arbeitszeit ist, nicht in alle Ewigkeit fortsetzen kann. Man kann es historisch nachweisen, daß sie manche Arbeiterforderung, die sie anfänglich wie den Teufel bekämpfte, schließlich als berechtigt anerkannte. Aber nicht, weil sich ihr Charakter geändert hätte — der ist noch ebenso arbeiterfeindlich wie früher —, sondern weil sie nicht anders mehr konnte; weil die Forderung eben so populär geworden war, daß auch sie ihre Haltung ändern mußte, wenn sie nicht allzu viel auf Spiel setzen wollte.

So wird es auch mit unserer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Von je größeren Massen sie erhoben wird, je energischer sie angestrebt wird, um so mehr wird der Widerstand gegen sie zurückgedrängt werden. Nur darf man dabei nicht außer acht lassen, daß bei dem heutigen Stande des Wirtschaftslebens eigentlich kein Beruf mehr völlig isoliert dasteht. Der fortschreitende Prozeß der Arbeitsteilung macht die verschiedenen Berufe untereinander immer abhängiger. Wenn man dann berücksichtigt, wie das Baugewerbe im engeren Sinne in den letzten Jahren der Pionier auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung gewesen ist, und daß ihm andere, auch verwandte, Berufe bisher nur langsam folgen konnten, und dazu das wohlbedennte Operieren mit dem Schreckgespenst der „sozialdemokratischen Machtprobe“ in Betracht zieht, so erklärt sich daraus der hartnäckige Widerstand der Bauunternehmer und ihrer Auftraggeber. Indem wir dies betonen, ist damit keine Anerkennung des Standpunktes unserer Gegner ausgesprochen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Hemmnisse unserer Bewegung aus den Verhältnissen erklären. Diese Verhältnisse müssen geändert werden, und zwar durch unablässigen, wohlüberlegten Gebrauch unserer Machtmittel. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, dazu ist die in den Gewerkschaften angesammelte Stoffkraft noch zu jung; aber die Entwicklung wird doch in der Richtung unserer Ziele vorwärts getrieben. Kampf, und immer wieder harten, opferreichen Kampf wird es kosten, ehe wieder eine neue Staffel im Aufstieg der Arbeiterklasse erklimmen ist.

Darum dürfen wir nicht erlauben, dürfen nicht scheuen, wenn einmal oder auch mehrmals kein unmittelbarer Erfolg uns zu teil wird: wir wissen, daß jeder Kampf den uns entgegengelegten Widerstand erschüttert und immer wieder erschüttert, bis wir ihn zum weichen bringen. Diese, aus der Wirklichkeit geborene Erkenntnis muß uns durchweben, nicht allein bei unseren Kämpfen mit dem Unternehmertum, sondern bei unserer ganzen Arbeit für die Organisation. Sie gibt uns die fröhliche Zuversicht auf den Sieg der Arbeiterschaft:

Ob auch Welle um Welle sich bricht,
Der Strom geht weiter!

Arbeiterbildung.

Wieder fallen die Wälder von den Bäumen. Die Tagesbahn der Sonne wird kleiner und kleiner, das Licht weicht und immer länger halten die Schatten der Nacht uns umfangen. Ist diese Zeit des Herbstes und Winters auch für uns oftmals eine Zeit harter Entbehrung, schweren und schweren Kampfes ums Dasein, so sind wir doch eben alle mehr oder minder auch empfänglich für ihre besseren Eigentümlichkeiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit, sonst heftig von den Unternehmern bekämpft, setzt sich dann unerbittlich durch. Und es wird auch selbst an dem immer kleiner werdenden Wochenlohn mit Mäßigkeit maßgehalten, daß die Natur jetzt der Arbeitsmöglichkeit engere Grenzen zieht — wir müssen uns ihrem Wortspruch fügen. So haben wir, wenn wir nicht völlig zum Feiern gezwungen sind, plötzlich zwei oder auch wohl drei Stunden täglich mehr Zeit für uns. Was sollen wir nun mit dieser Zeit anfangen? Früher — und wessen Wiege in einem ländlichen einsamen Orte fand, hat es wohl noch selber mitgemacht — saß man in der Dämmerung um den treuen Hausfreund, den warmen Ofen, geschaut, und hörte allerlei lustigen und traurigen, manchmal auch geistlichen Geschichten zu, die irgend ein alter, verehrter Mund erzählte. Später sammelten sich die Hausbewohner um des Lichts gefüllte Flamme, um sich dort aus einem mit Goldschritten illustrierten Familienjournal vorlesen zu lassen oder um irgend eine friedliche Domestikation vorzunehmen. Die hierin liegende Koje des Winterabends in allen Ehren, aber sie hat ihre Zeit dahin. Wo sie sich nicht in kleinen verborgenen Erdennischen festgeklemmt hat, da hat sie der Rauchtrom unserer prähistorischen, von Klaffen gegängelter durchwühlten Zeit hinweggepöhl. Nur wenige Eingänger unter uns werden es fertig gebracht haben, sich allen Gewalten zum Trotz eine kleine Dose vorwärtlicher Gemütslichkeit zu erhalten.

Aber die Wälder der modernen Lohnarbeiterschaft hat längst keine Gelegenheit mehr dazu. Man denke an das

Wohnungswesen so vieler Arbeiter, sowohl in den Großstädten wie auf dem Lande; man denke, in wieviel Fällen die Frau erwerbend außer dem Hause tätig ist, und in welchem Umfange auch schon die Kinder, oft noch im zarten Alter, laufen und spazieren müssen ums liebe Brot. Auf diesem Boden kann keine gemütvolle Hauslichkeit mehr gedeihen.

Wir leben in einer Zeit der Verringerung. Ein großer Umwandlungsprozeß hat unser Gesellschaftsleben erfasst und alle in ihm wirkenden Kräfte aufgerüttelt. Das tagelange alte Problem von der Unterdrückung und Negativität der einen und der schrankenlosen Herrschaft der anderen geht seiner Lösung entgegen: „Klasse steht gegen Klasse, und die bleibt letzten Endes Sieger, die vermöge ihrer größeren wirtschaftlichen Macht, ihrer größeren politischen Intelligenz und ihres größeren Opfermutes die politische Macht erobert.“ Diese große, weltgeschichtliche Auseinandersetzung zweier gewaltiger Mächte zwingt uns alle in ihren Dienst. Nicht als stumme Zuschauer, sondern als aktiv tätige Kämpfer wirken wir dabei mit.

Bedenken wir wohl, daß auch die Intelligenz der sich gegenüberstehenden Klassen ein wichtiger Faktor im Kampfe der Gegenwart ist. Nicht umsonst sind die reaktionären der herrschenden Klasse auch zugleich die bildungsfeindlichsten. „Die dummierten Arbeiter sind die besten“, das Wort war mehr als eine reberische Floskel; es war ein Programm. Der Verrücktenstempel der Arbeit verbrauchte viele materielle Kräfte, aber auch viele geistige. Immer vielfachhaltiger wird das Tätigkeitsgebiet für uns, immer schwieriger und größer werden die Aufgaben, die der Lösung durch uns harren. Darum mehr Bildung! Schaff Euch Wissen, erweitert Euren Gesichtskreis, schärf und weitet Eure Fähigkeiten! Die Befreiung der Arbeiter muß ihr eigenes Werk sein. Gilt das Wort auch wohl hauptsächlich für den historischen Zusammenhang, so gilt es aber immer mehr, daß es auch für den Tageskampf Geltung erlangt. Je schärfer sich die Klassengegensätze ausbilden, um so mehr hört der Zufall aus der bürgerlichen Intelligenz auf, den wir früher oft recht reichlich hatten. Daraus erwächst der Arbeiterklasse die Pflicht, auch sich selbst heraus die Kräfte zu zeigen, die ihr Führer, Berater und Wegweiser in ihren Kämpfen sein können. Darum nochmals: erwerbt Euch Wissen! Benutzt die Zeit der kommenden langen Wende, bemüht Euch, zu lernen, damit Ihr später lehren könnt!

Die Gelegenheit zur Verbesserung der Volksschulbildung ist heute weit häufiger vorhanden, als sie es vor ungefähr zehn Jahren war. Als der Schreiber dieses vor etwa zehn oder zwölf Jahren den Versuch machte, in einer Kleinstadt in den einzigen dort bestehenden literarischen Zirkel aufgenommen zu werden, wurde ihm das verweigert, weil er ein Arbeiter war. Glücklichweise sind heute die Verhältnisse besser geworden. In den größeren Städten hat die Erhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu Bildungseinrichtungen geführt, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Auch fortgeschritten denkende bürgerliche Kreise kommen dem Bildungshunger der Arbeiterklasse hier und dort entgegen. Was diese wollen, wird hier nachdrücklich betont. In Berlin z. B. verdient besonders die Arbeiter-Bildungsschule erwähnt zu werden. Ihre Unterrichtsgegenstände sind: Nationalökonomie, soziale Gesetzgebung, Volkswirtschaft, Geschichte, Literaturgeschichte, Naturwissenschaften, Redekunst usw. Das Schullokal befindet sich Grödenstraße 37, Hof 1; dort sind Auskünfte jeder Art zu erlangen. Für den Unterricht in den Elementarfächern ist empfehlend auf die Studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter hingewiesen, die besonders Deutsche Sprache, Rechnen, Geometrie, Geographie, Schönschreiben lehren. Dieser Unterricht beginnt am 4. November. Anmeldungen sind vom 24. bis 26. Oktober Niederstr. 9, links, Parterre, zu bewirken. Nebenliche Kurse werden veranstaltet von den Studenten der Universitäten Charlottenburg, München, Freiburg, Göttingen, Straßburg, Marburg und Heidelberg.

Wer einen nur mangelhaften Volksschulunterricht genossen hat, sollte diese Kurse auf jeden Fall besuchen, denn die Vertrautheit mit diesen Elementarfächern ist die Grundlage allen Wissens.

In Hamburg sollte das Vorlesungsweien der Oberkulturbörde von den Arbeitern mehr beachtet werden; mit besonderer Wärme wollen wir aber die Unterrichtskurse des Fortbildungsbereins empfehlen, die in Wirklichkeit eine vorzügliche Einrichtung sind.

Von anderen Städten ist uns Genaueres nicht bekannt; es ist aber gewiß, daß die Bildungsmöglichkeiten ständig erweitert werden. Die Gewerkschaftskarteile haben sich schon an vielen Orten der Sache mit anerkanntem Eifer angenommen. Wer also einigermaßen Lust und Liebe zum Lernen hat, dem ist Gelegenheit genug geboten. Man vergesse nicht, die Bibliotheken fleißig zu benutzen, und vor allem nicht: ein gutes, nämlich ein Arbeiterblatt zu lesen. Auch das gehört zur Arbeiterbildung! Benutzen wir also die freie Zeit, die uns der Winter bringt, in diesem Sinne, dann haben wir sie gut benutzt!

Wirtschaftliche Rundschau.

Quarantäne, Reichsbank und Börse — Eisen- und Stahlmarkt — Braunkohle, internationale Holzgesellschaft.

Der Geldmarkt hat die kritische Viertelsjahreswende vom September zum Oktober verhältnismäßig gut überstanden; das heißt: die großen europäischen Zentralbanken brauchten diesmal nicht, wie sonst so oft um die gleiche Zeit, zu einer Diskontierung zu greifen. Aber von ruhiger, normalen Verhältnissen ist deshalb noch durchaus keine Rede. Beispielsweise ist die Deutsche Reichsbank in der Woche zwischen dem 23. und 30. September um 554,42 Millionen Mark gekürzt worden, so daß an Stelle einer steuerfreien Notenreserve von 41 Millionen Mark im Handum-drehen eine Steuerpflicht von 513,98 Millionen Mark trat. Trotzdem benutzte die Börse die zuverlässigeren Mitteilungen und Einigungen in der letzten Septemberwoche, vor allem in Kohlen-, Eisen- und Wannenwerten, zu

einer Kursteilerei, die jedoch Anfang Oktober bereits wieder einen starken Rückschlag erlebte.

Auch große Produktionszweige verfallen mehr und mehr einer gewissen Bläue, ohne daß damit schon eine wirklich bedenkliche Lage gegeben wäre. In vielen Zügen tritt eine Nehmlichkeit mit dem Abflauen am Schluß des Jahres 1900 zu Tage. So rückt jetzt für die deutschen Eisengewerke die Ausfuhrfrage wieder in den Vordergrund, nachdem man bisher, bei dem glänzenden Landschafts, der Ausdehnung des Vertriebs nach dem Ausland, keine sonderliche Bedeutung beigemessen brauchte. Offenbar ist die Steigerung der Auslandslieferungen nach Deutschland ein Anzeichen dafür, daß jenseits unserer Grenzen die Preise abdröckeln und die Absatzmöglichkeiten nicht mehr so günstig sind. Wie wird sich der internationale Eisenmarkt erst gestalten, wenn Deutschland gleichfalls seine früheren Notverläufe nach dem Ausland wieder aufnimmt? Bezeichnend ist, daß der Stahlwerksverband noch im Mai dieses Jahres das Haltenlassen jeder Ausfuhrvergütung beschließen konnte und daß heute schon die Wiedereinführung lebhaft besprochen wird. In der Fragestellung der Inlandspreise scheint allmählich System zu kommen. Das Düffendorfer Hohensteinbad hat im allgemeinen die Preise für das Jahr 1908 um etwa 4 bis 5 Pro Zente niedriger als bisher festgelegt. In der Schweißereibereinigung machte sich zuletzt wegen Nichtenthaltung der Preise durch verschiedene Mitglieder eine starke Unzufriedenheit geltend; die unter anderem zum Austritt der Düffendorfer Hohensteinwerke (vorm. Poensgen) führte; nunmehr hat der Verband selber die Senkung der Grundpreise für gewöhnliches Schweißblech (Handblech) um 10, für Schrauben- und Mutterblech sowie für Stütz- und Nietenblech um 7,50 Pro Zente beschlossen. Alle Maßnahmen, die nicht durch Verbände gesteuert sind, erführen, wie selbst die „Köln. Post“ eingestuft, ein andauerndes Nachlassen der Preise. Dafür trägt sich das rheinische Blatt damit, daß nirgendwo beträchtliche Lagerbestände vorhanden seien, daß die groben Erzeugnisse, soweit sie in Verbänden zusammengefaßt sind, wesentlich besser dastünden, und daß die nunmehr vereinbarten Lieferungen der Staatsbahnenverwaltung sehr ansehnlich seien. Letzteres werde gerade für die entscheidende nächste Zeit eine ganz erhebliche Anspannung der Werte bringen; die Werte würden ihre Einrichtungen aufs äußerste ausnützen müssen, wodurch eine Entlastung des Trägersmarktes zweifellos eintreten dürfte, wie überhaupt größere Mengen Absatz für Eisenbahnbedarf zur Verwertung gelangen werden. Das fällt die Lage der Stahlwerke auch nach anderer Richtung und macht sie namentlich unabhängig von dem Rückgang an Holz aus dem Ausland, wo augenblicklich billige belgische und französische Angebote eine gewisse Rolle spielen. Das klingt immerhin schon recht vornehmlich. Und ebenso urteilen englische Berichterstatter, daß die Zeit der Hausbewegung am Hohensteinmarkt vorüber sei. In der Tat notieren Hohensteinwaren nicht mehr wie Ende Mai 62 bis 63 Schilling — was zugleich den Höchststand von 1905 darstellt —, sondern 54½ bis 55½ Schilling. Die amerikanischen Hohensteinpreise gleichen schon jetzt gräuerlicher Zeit zurück.

Dem Maschinenbau, der sich öfter über die frühere rasche Erhöhung seiner Rohmaterialien beklagt hatte, würden die erhöhten Preisabschläge an sich nur vorzuziehen und willkommen sein. Andererseits ist hier in der Erweiterung der Anlagen des Guten viel zu viel getan worden; selbst in der Prosperitätszeit konnte man deshalb Klagen über die Fabrikationspreise im Verhältnis zu den gestiegenen Ausgaben hören. Weidlich wird jetzt der gesteigerte Wettbewerb — bei dem vor allem für den Export auch England und Amerika stark in die Waagschale fallen — wahrscheinlich rasch zu niedrigeren Preisangeboten für Maschinen führen.

Günstig ist nach den jüngsten Berichten noch immer die Lage der meisten Textilindustrien. Die Flachspinnerei, die Leinwanderei bleiben auf der früher lange nicht mehr gekannten Höhe. Die Wollwarenindustrie — nach dem Fachmann der „Post. Ztg.“ besonders die Fabrikation in Sachsen und Thüringen, die vollene Phantasieartikel herstellt — ist flott beschäftigt, das Inland wie für die Ausfuhr. Die Stumpfmühlensfabrikanten sollen alle Hände voll zu tun haben, um die ihnen vorliegenden älteren Aufträge zur pünktlichen Erledigung zu bringen; doch erregt dies, wie in der Handweberei die Zurückhaltung der Besteller in späteren Aufträgen bereits manche Befremdung. Der Zusammenbruch einiger Konfektionsfirmen und manche anderen unbedeutenden Erfahrungen in der letzten Sommerferien — Folgen mehr der Kreditverschärfung und des schlechten Wetters wie etwa schon der Kaufkraftabnahme — sollen auf die Herstellung von Konfektions- und Damenkleiderstoffen hemmend zurückwirken. Die Baumwollspinner können noch immer der Nachfrage nicht genügen, die Baumwollweber stehen noch auf lange Zeit hinaus unter Kontrakt.

Abnorm, wie bei dem Rückschlag der Jahre 1900/1901, bleiben abermals die Kohlenpreise: sie erreichen ihr höchstes Niveau, während auf verschiedenen Produktionsgebieten bereits eine Ebberströmung bemerkbar wird. Die Unternehmer der Braunkohlenproduktion gehen sogar so weit, daß sie von einer wachsenden weiteren Preissteigerung sprechen und bis dahin die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen zu betrödeln suchen. Welche glänzenden Geschäftsergebnisse die Braunkohlengewinnung hinter sich hat, zeigt einmal die rapide Vermehrung der Ausbeute. Sie betrug in den ersten acht Monaten (Jannuar bis Ende August):

1904.....	80977818 Tonnen Braunkohlen
1905.....	83178989 „
1906.....	86256267 „
1907.....	40393072 „

Ferner stiegen die Berliner Großhandelspreise seit Beginn des Jahres 1906 pro Tonne:

für Salobritis....	von M. 11 bis 13 auf M. 12 bis 14
„ Industrielebens ..	„ 10 „ 12 „ 11 „ 12 „

Im Reiter und Senftenberger Gebiet, weniger allerdings infolge scharfer finanzieller Einschränkungen im Magdeburger-Gelmbild-Braunkohlen- und Reiter, sind Vergrößerungen und Neuanlagen an der Tagesordnung; um

Merzburger herum entsteht ein ganz neuer Gürtel von großen Werken; ähnlich in der Nähe von Leipzig. Selbst böhmische Unternehmungen suchen in Ostdeutschland festen Fuß zu fassen, teils weil sie auf die Ausbeutung des eigenen böhmischen Exportes weniger Hoffnungen setzen, teils weil die deutsche Braunkohle für die Weltmarktgüter tauglicher sein soll. Im Rheinischen vollzieht sich eine ähnliche Ausbreitung. Nur etwa zwei Fünftel der deutschen Lignitgewinnung werden von der Industrie beansprucht; bis zu einem gewissen Grade wird also ein industrieller Rückschlag für den Braunkohlenabbau nicht so fühlbar sein, wie für die Steinkohlengewinnung. Das Verhalten gegen eine Lohnaufbesserung ist um so bezeichnender.

Die konzentrierte Quintessenz dieser ganzen Entwicklung auf dem Kohlenproduktionsgebiet findet man in den Gewinnen der Internationalen Kohlegesellschaft. Sie verteilt wie im Vorjahre 600 pSt. Dividenden. Nach der Finanzwirtschaft „Mutus“ haben die Aktionäre seit dem Jahre 1896 1860 pSt. Dividenden erhalten. „Das heißt, sie empfangen das mit 1 Million eingezahlte Aktienkapital bereits 14 Mal zurück. Bekanntlich gibt es bei der Gesellschaft nur zwei Aktionäre: A 800 000 Aktien besitzt der Schaaffhausen'sche Bankverein, A 200 000 der Generaldirektor der Gesellschaft. Der Schaaffhausen'sche Bankverein hat mithin für seine A 800 000 bisher nahezu 11 Millionen Mark zurückbekommen, davon allein je 4 Millionen im vorigen und diesem Jahre — abgesehen natürlich von den Zinsen, die seine Direktoren als Aufsichtsräte der Kohlegesellschaft bezogen.“

Berlin, 6. Oktober 1907.

Mag. Schippel.

Politische Umschau.

Ein Hochverratsprozeß. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht hatte im Frühjahr dieses Jahres eine Broschüre geschrieben, in der er seine in Parteifreien bekannten Ansichten über die Notwendigkeit einer lebhafteren Agitation gegen den Militarismus ausführlich darlegte. Liebknecht befürwortete die Jugendorganisationen, um die jungen Leute schon vor ihrem Eintritt ins Heer über dessen Wesen als Schuttmittel der Klassegesellschaft aufzuklären. Diese Broschüre, die im Grunde genommen ja nur etwas härter betonte, was schon seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie anerkannt wird, wurde einige Monate nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt. Gegen ihren Verfasser wurde die Anklage wegen Hochverrats erhoben. Der Prozeß ist am 9., 10. und 12. Oktober vor dem Reichsgericht verhandelt worden. Er endete mit der Verurteilung Liebknechts zu anderthalb Jahren Festung. Der Oberreichsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Exzessverlust beantragt. Wir sind nicht genug juristisch geschult, um uns in den trauen Gedankenengängen des Urteils zurecht zu finden; aber auch ohne das zu sein, sind wir überzeugt, daß dieser Prozeß ein Zensurprozeß war, dem das Urteil entspricht. Die Anklage ist nicht aus der eigenen Initiative des Oberreichsanwalts hervorgegangen; dieser erklärte selbst, daß er zu seinem Vorgehen von „zuständiger Stelle“ angeregt worden sei. Also nicht das verlegte Recht, sondern die gereizte Staatsraison, das heißt, die Raison des preussischen Junkerstaates, ersteht die Sühne.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat beschloffen, den stenographischen Bericht über den Prozeß in einer zur Massenverbreitung bestimmten Schrift zu veröffentlichen. Wir empfehlen schon jetzt diese Schrift der größten Beachtung und Verbreitung.

Wieder mit den Gewerkschaften. Das ist die Quintessenz eines Artikels über die Gewerkschaftsbewegung, den wir in der „Hamburger Nachrichten“ finden. Von den Blättern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeiterorganisationen und ihre Bestrebungen zu verunglimpfen und gegen sie zu hetzen, ist dieses Blatt seit den Tagen, da es Bismarcks Leibarzt wurde, eines der schlimmsten. Oft schon hat es zu rücksichtsloser, gleichsam unterdrückender der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften aufgefordert unter dem Vorzeichen, daß sie den „gewalttätigen Umsturz“ verhindern. Ein Geleß zur Anbahnung dieser „gemeinschaftlichen Faktoren“ ist schon jahrelang sein höchstes ordnungspolitisches Ideal. Das kommt auch in seiner neuesten Leistung wieder zum Ausdruck. Es schreibt:

„Man hat von der Gewerkschaftsbewegung den großen Umschwung in den Arbeitermassen erwartet. Der Wille der letzteren sollte dadurch von phantastischen Zukunftsbildern abgelöst, ausschließlich auf die Gegenwartsmöglichkeiten gerichtet und so die Zufriedenheit mit einer allmählich fortschreitenden Reform der auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung erwachsenen Verhältnisse hergestellt werden. Heute weiß man, daß zum mindesten in der weit überwiegenden Mehrheit der bestehenden Gewerkschaften, nämlich in den sozialdemokratischen, die Entwicklung die gerade entgegengesetzte gewesen ist. Die Arbeiter haben die ihnen durch die sogenannte Sozialreform dargebotenen Wohlthaten hingenommen, nicht, um sich damit zufriedener zu geben, sondern um den Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse mit um so besser gestärkter Kraft fortzuführen. Nicht nur die lebendigste zum Zweck der Kampfproben, unternehmen Streiks sind fortwährend in der Zunahme, auch der Terrorismus der Gewerkschaften gegen Arbeiter und Arbeitgeber wächst ins Ungeheuerliche. Es ist der gewalttätig-revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie ins Praktische übergetreten. Auch der dem Geschäftsleben fernstehende Beobachter muß, wenn er die Augen nicht absichtlich verschließt, erkennen, daß hier eine ungeheure Gefahr für unser wirtschaftliches, unser soziales, unser politisches Leben heraufzieht, eine Gefahr, die nach statistischem Ausweis in rapidem Wachstum begriffen ist.“

Ein fanatischer blinder Haß ohne gleichen schied aus diesen Zeilen. Dem proletarischen Klassenkampf möchte man durch eine „große Aktion“ ein Ende machen. Geradezu werden die freien Gewerkschaften hingestellt als Organisationen, die den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie dienen. Die ordnungspolitisch-demagogische Schamlosigkeit

des Hehlblattes erreicht ihren Gipfelpunkt in der Behauptung, daß die Gewerkschaften eine „ungeheure Gefahr“ für unser wirtschaftliches, soziales und politisches Leben sind. Vermünftige und gerechte Beurteiler aus allerhöchster Vergangenheit müssen im schärfsten Gegenatz dazu die Tatsache stellen lassen, daß die Gewerkschaften unter den Faktoren, die geeignet sind, ein gewalttätiges Eingreifen in den Gang der organischen Entwicklung zu verhindern, zu den hervorragendsten und wichtigsten gehören. Gerade dadurch, daß man die Arbeiterbewegung mit brutaler Gewalt unterdrückt, wirkt man bei der entgegengesetzten Richtung. Das Klassenbewußte Proletariat will den Gewalttätigen nicht. Aber die „Ordnungspolitiker“ vom Schlage der Stibenten der „Hamburger Nachrichten“ wollen ihn. Sie sind bemüht, in gewissenloser Weise ihn zu provozieren. Entwertung und Anrechnung der Arbeiterklasse ist das verdammenwerte Ziel ihrer Politik. Diesem verbrecherischen Anflug gegenüber müssen die Arbeiter immer entschiedener und energischer hinstreben auf die Erhaltung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Denn die ganze Arbeiterklasse ist es, die bedroht wird. Die Massen, die jetzt noch abseits der Partei und der freien gewerkschaftlichen Organisation stehen, oder gegen die gar in „christlichen“ und „gelben“ sich mißbrauchen lassen, müssen erkennen, daß es für sie nur einen Weg gibt, den Weg zu der Bewegung, den die „Hamburger Nachrichten“ und mit ihnen das ganze Schlaraffenland unterdrückt wissen will. Auf Niederträchtigkeit, wie jenes Blatt sie ausspielt, gibt es immer nur eine richtige Antwort: die Gewinnung neuer Tausende von Mitgliedern für die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftliche Organisation.

Gegen die gelben Gewerkschaften hat der jüngste Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln Stellung genommen. Auf Antrag des Redaktionsrats von der „Westf. Arbeiterzeitung“ erklärte die Versammlung die Gründung von sogenannten „gelben“ Gewerkschaften („Vereinen arbeitwilliger“ oder „unorganisierten Arbeiter“, oder „baterlandischen Arbeitervereinen“ mit gewerkschaftlichen Nebenwörtern) für durchaus verfehlt und wieder im „nationalen“ noch im Arbeiterinteresse liegend. „Diese „gelben“ Gewerkschaften wollen zwar eine Gegenwehr gegen antinationalen Bestrebungen und den von der Sozialdemokratie geübten Terrorismus sein, aber sie entbehren völlig der einer solchen Zwecksetzung entsprechenden Grundlage in Programm und Organisation. In der Regel auf Anregung von Unternehmern gegründet und finanziell unterstützt, verkennen sie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in ihrem dem Geistes des Vaterlandes und einem vernünftigen sozialen Fortschritt entgegenwirkenden Tendenzen nur erfolgreich bekämpft werden kann durch eine ebenso standesbewusste wie christliche und nationale Arbeiterbewegung. Diese aber ist bereits geschaffen worden in unseren konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Weit entfernt davon, die ausichtslose Bewegung der christlich-nationalen Arbeiterkraft zu stärken, stellen die „gelben“ Gewerkschaften eine nach allen Seiten hin schädigende und gefährliche Zersplitterung dar, die geeignet ist, schwere Brudertrennungen innerhalb der deutschen Arbeiterkraft für die Folge hervorzurufen. Der Delegiertentag erwartet von den katholischen Arbeitervereinen, daß sie den „gelben“ Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.“

Diese Einwendungen gegen die gelben Gewerkschaften sind in der Hauptsache zutreffend. Das heißt insofern, als gesagt wird, daß sie zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung dienen. Aber diese selbe Behauptung muß mit demselben Nachdruck immer wieder aufs neue auch gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben werden. Nach der mitgeteilten Resolution des Redaktionsrats von der „Westf. Arbeiterzeitung“ ist die Aufgabe im Anpruch, die Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen. Darin begreift sich auch ein Verrat an der Arbeiterklasse; denn die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bieten keinem Arbeiter, der gerecht und vernünftig zu denken vermag, Anlaß, sich zu ihrer Bekämpfung mißbrauchen zu lassen. Nur Anverwandte kann dazu verleiten.

Wieder eine Reform der Falschheit. Der „Reichs-anzeiger“ hat einen Gesetzentwurf veröffentlicht betreffs Reform des Zivilprozeßes. In dieser Leistung bewahrt sich wieder einmal der Geist der Justizerei und des Bürokratismus. Wie die „Reform“ aussieht, ist u. a. aus folgendem zu entnehmen: man scheint sich nicht, die Rechtsverfolgung dem Wohlhabenden zu erleichtern, sie dem weniger Begüterten zu erschweren. Es soll nämlich, um die Verurteilung zu verhüten, eine Verurteilungsumme eingeführt werden. Wer keine Ansprüche einlegt — und wer tut es durchschnittlich? Doch nur der kleine Mann, dessen Geldumfah gering ist —, der soll seinen Rechtsbehelf gegen ein Urteil mehr haben. Es sei denn, daß der Wert des Beschwerdegegenstandes, des Unterschiedes zwischen der eingeklagten und der durch Urteil bewilligten Summe, mehr als fünfzig Mark beträgt. Nur der, der das Gericht mit größeren Dingen beschäftigt, der Großhändler, der reiche Darlehensgeber, der Erbe, der um hohe Summen klagt, soll fürderhin die Gunst der Berufungsmöglichkeit genießen. Die Rechte der Leute, die bescheidene Geschäfte machen, bescheidene Streitigkeiten ausfechten, sollen befristet werden. Man hätte zum mindesten die reaktionäre Tendenz einer beratigen Rechtsverurteilung mit herghafter und ehrlicher Offenheit hervorzuheben sollen.

Ein Zug des Geistes williger und gründlicher Reform ist in dem ganzen Entwurf nicht zu entdecken. Die Hauptsache ist, wie die Ziviljustiz am billigsten und am schnellsten ihres Amtes walten kann, ohne Rücksicht darauf, ob dabei auch das Recht gebührend zur Geltung kommt.

Eine Beschränkung der Freizügigkeit. Um die Abwanderung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Betrieben während der Bauzeit des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin nach Möglichkeit vorzubeugen, hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß hierbei Arbeiter nicht angenommen werden dürfen, welche in den letzten

zwei Monaten mindestens drei Monate in den Kreisen Lelto, Jand-Welzig, Niederbarnim, Ostbarnim, Oberbarnim, Ruppiner, Templin, Angermünde, Königsberg-Neumark, Lebus in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dessen Ort nicht mindestens 25 Kilometer von der Linienführung der neuen Wasserstraße entfernt liegt. Nicht betroffen von dieser Beschränkung sind diejenigen Arbeiter, welche in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und Spandau beschäftigt gewesen sind. Ueber weitere, während des Baues sich als erforderlich herausstellende Beschränkungen bei der Auswahl des Arbeiterpersonals entscheidet das königliche Hauptbaurat in Potsdam.

Das ist ohne Zweifel eine Beschränkung der Freizügigkeit, wenn auch nur eine territoriale. Da die Freizügigkeit auf Reichsgesetz beruht, so dürften die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht verfehlen, diesen Eingriff in eines der fundamentalsten staatsbürgerlichen Rechte im Reichstage zur Sprache zu bringen. Dem preussischen Minister muß an dieser Stelle begreiflich gemacht werden, daß er nicht befugt ist, die reichsgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit willkürlich zu beschränken. Der Umstand, daß er preussischer Minister ist, gibt ihm solche Befugnis nicht.

Ein neues Zuchthausgesetz gegen die russischen Gewerkschaften in Sicht. Die „Regeln über Vereine und Verbände“, mit deren Hilfe die russische Regierung die Gewerkschaftsbewegung zu tadeln sucht, wurden bekanntlich am 17. März 1906 als „temporäre“ Maßnahme bis zur künftigen Herausgabe im Einklang mit dem Manifest vom 30. Oktober 1905 eines allgemeinen Vereinsgesetzes erlassen. Wie das jedoch in Russland üblich ist, existieren diese „temporären“ Regeln wohlbehalten schon fast zwei Jahre. Sie überleben die erste wie die zweite Duma, denn die Regierung beileide sich nicht, eine Gesetzesvorlage zwecks Abänderung der temporären Regeln einzubringen, während die bei weitem nicht liberale Vorlage der Kadettenpartei nach Auflösung der ersten Duma ruhig liegen blieb.

Jetzt endlich hat das Ministerium des Innern in den genannten Regeln „Mängel“ gefunden und in Anbetracht der bevorstehenden Revision derselben die — Gouverneure um ihre Mitwirkung ersucht. Ein ministerieller Erlaß schreibt den Gouverneuren vor, dem Ministerium des Innern spätestens bis zum 14. November d. J. mitzuteilen, welche Mängel sie, die Gouverneure, im bestehenden Vereinsgesetz gefunden hätten, und in welchem Sinne diese, nach ihrer Ansicht, abzuändern seien. Diese Mängel der „Regeln“ in Sachen der „Revision“ des Vereinsgesetzes bringt allein deutlich genug, in welcher Richtung das Ministerium diese „Revision“ vornehmen will. Höchst charakteristisch sind in dieser Beziehung einige Punkte, die der Minister in seinem Rundschreiben besonders hervorhebt. Er fordert das Rundschreiben (Art. 2), die Gouverneure auf, dem Minister mitzuteilen, inwiefern das den Berufsvereinen gewährte Recht, öffentliche Versammlungen abzuhalten, ihren tatsächlichen Bedürfnissen entspricht (1), und weiter (Art. 3): „inwiefern die bestehende Ordnung der Gründung der Vereine — nämlich die Anmeldung und Registrierung — den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht.“

Es muß hierzu bemerkt werden, daß die Anmeldung und Registrierung bloß in der Phantasie des Ministers existiert. Es funktioniert in Wirklichkeit ein Konfessionsregister; denn die Administration hat stets die Möglichkeit, die Registrierung des angemeldeten Vereins unter diesem oder jenem Vorwand zu verweigern.

Die angeführten Punkte und die Auswahl der „Experten“ für die bevorstehende „Reform“ lassen keinen Zweifel darüber, daß ein neues Gewerkschaftsnebelgesetz in Vorbereitung ist, das die ohnehin uneträglich engen „legalen“ Grenzen, die für die Tätigkeit der Gewerkschaften in Russland gezogen sind, noch mehr einschränken wird.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik), Kiel, Segeberg (Differenzen);

Mecklenburg:
Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke);

Brandenburg:
Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rohfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:
Gammeln (Streik), Pyritz (Sperre über Friedr. Berg);

Ost- und Westpreußen:
Sensburg (Sperre über Rehs), Kemel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen- und Schlesien:
Ostlau (Sperren über Rother, Kern und Jander), Peistritz (Sperren über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpnagel);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, O. Ange, Elisen- und Fichtestrasse, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Gantsch Fr. Probst & Co., Spinnereistrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbierstrasse, und M. Steyskal, Schartrasse), Colditz (Streik);

sitzenden Klassen und teilen demgemäß, deren Ansichten über die Bestrebungen der Arbeiter. Die Hege der bürgerlichen Presse gegen unsere Forderungen wirkt auch auf sie und beeinflusst ihr Handeln. Man sieht also, daß auch die Stellungnahme der bürgerlichen Presse uns keineswegs ganz gleichgültig lassen kann. Wir müssen diesem Umstand unsere Aufmerksamkeit schenken.

So gewiß nun auch ist, daß die bürgerliche Presse niemals arbeiterfreundlich werden wird, so gewiß ist es aber auch, daß sie ihre hegeische Tätigkeit gegen alle unsere Arbeiterforderungen, wie es beispielsweise die nach Verkürzung der Arbeitszeit ist, nicht in alle Ewigkeit fortsetzen kann. Man kann es historisch nachweisen, daß sie manche Arbeiterforderung, die sie anfänglich wie den Teufel bekämpfte, schließlich als berechtigt anerkennt. Aber nicht, weil sich ihr Charakter geändert hätte — der ist noch ebenso arbeiterfeindlich wie früher —, sondern weil sie nicht anders mehr konnte; weil die Forderung eben so populär geworden war, daß auch sie ihre Haltung ändern mußte, wenn sie nicht allzu viel aufs Spiel setzen wollte.

So wird es auch mit unserer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Von je größeren Massen sie erhoben und je energischer sie angestrebt wird, um so mehr wird der Widerstand gegen sie zurückgedrängt werden. Nur darf man dabei nicht außer acht lassen, daß bei dem heutigen Stande des Wirtschaftslebens eigentlich kein Beruf mehr völlig isoliert dasteht. Der fortschreitende Prozeß der Arbeitsteilung macht die verschiedenen Berufe untereinander immer abhängiger. Wenn man dann berücksichtigt, wie das Baugewerbe im engeren Sinne in den letzten Jahren der Vionier auf dem Gebiet der Arbeitszeiterkürzung gewesen ist, und daß ihm andere, auch verwandte, Berufe bisher nur langsam folgen konnten, und dazu das wohlberedete Operieren mit dem Schreckspeiser der „sozialdemokratischen Machtprobe“ in Betracht zieht, so erklärt sich daraus der hartnäckige Widerstand der Bauunternehmer und ihrer Auftraggeber. Indem wir dies betonen, ist damit keine Anerkennung des Standpunktes unserer Gegner ausgesprochen. Wir wollen nur dartun, daß sich die Hemmnisse unserer Bewegung aus den Verhältnissen erklären. Diese Verhältnisse müssen geändert werden, und zwar durch unablässigen, wohlüberlegten Gebrauch unserer Machtmittel. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, dazu ist die in den Gewerkschaften angeammelte Stoßkraft noch zu jung; aber die Entwicklung wird doch in der Richtung unserer Ziele vorwärts getrieben. Kampf und immer wieder harten, opferreichen Kampf wird es kosten, ehe wieder eine neue Staffel im Aufstieg der Arbeiterklasse eintreten wird.

Darum dürfen wir nicht erlahmen, dürfen nicht scheuen, wenn einmal oder mehrmals kein unmittelbarer Erfolg uns zu teil wird: wir wissen, daß jeder Kampf den uns entgegengesetzten Widerstand erschüttert und immer wieder erschüttert, bis wir ihn zum weichen bringen. Diese, aus der Wirklichkeit geborene Erkenntnis muß uns durchweben, nicht allein bei unseren Kämpfen mit dem Unternehmertum, sondern bei unserer ganzen Arbeit für die Organisation. Sie gibt uns die fröhliche Zuversicht auf den Sieg der Arbeiterklasse.

Ob auch Welle um Welle sich bricht,
Der Strom geht weiter!

Arbeiterbildung.

Wieder fallen die Blätter von den Bäumen. Die Tagesbahn der Sonne wird kleiner und kleiner, das Licht weicht und immer länger halten die Schatten der Nacht uns umfangen. In diese Zeit des Herbstes und Winters, das für uns oftmals eine Zeit harter Entbehrung, schweren und schweren Kampfes ums Dasein, so sind wir doch eben alle mehr oder minder auch empfänglich für ihre besseren Eigentümlichkeiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit, sonst heftig von den Unternehmern bekämpft, setzt sich dann unerwartlich durch. Und ob wir's auch selbst an dem immer kleiner werdenden Wochenverdienst mit Mißverständnissen wahrnehmen, daß die Natur jetzt der Arbeitsmöglichkeit engere Grenzen zieht — wir müssen uns ihrem Machtpruch fügen. So haben wir, wenn wir nicht völlig zum Feiern geneigtem sind, plötzlich zwei oder auch wohl drei Stunden täglich mehr Zeit für uns. Was sollen wir nun mit dieser Zeit anfangen? Früher — und wissen Sie, wie in einem ländlichen einsamen Orte stand, hat es wohl noch selber mitgemacht — sah man in der Dämmerung um den treuen Sauerknecht, den warmen Ofen, geschäftig und fürte allerlei lustigen und traurigen, manchmal auch guseligsten Geschichten zu, die irgend ein alter, bereiteter Mund ergab. Später sammelten sich die Hausbewohner um des Lichts geflügelte Flamme, um sich dort aus einem mit Holzgeschnitten illustrierten Familienjournal vorlesen zu lassen oder um irgend eine friedliche Unterhaltung vorzunehmen. Die hierin liegende Besse des Winterabends in allen Ecken, aber sie hat ihre Zeit da. Wo sie sich nicht in kleinen verkörperten Erdewinkeln festgeklemmt hat, da hat sie der Wallstrom unserer profitierenden, von Massenengpässen durchwühlten Zeit hinweggepöhl. Nur wenige Eingänger unter uns werden es fertig gebracht haben, sich allen Gezeiten zum Trotz eine kleine Dose vorwärtiger Gemütsruhe zu erhalten.

Wer die Masse der modernen Lohnarbeiterschaft hat längst keine Gelegenheit mehr dazu. Man denke an das

Wohnungsseck so vieler Arbeiter, sowohl in den Großstädten wie auf dem Lande; man denke, in wieviel Fällen die Frau erwerbend außer dem Hause tätig ist, und in welchem Umfange auch schon die Kinder, oft noch im garstigen Alter, laufen und schreien müssen um liebe Brot. Auf diesem Boden kann keine gemütliche Häuslichkeit mehr gedeihen.

Wir leben in einer Zeit der Gärung. Ein großer Umwandlungsprozeß hat unser Gesellschaftsleben erfasst und alle in ihm wirkenden Kräfte aufgerüttelt. Das Jahrtausende alte Problem von der Unterdrückung und Rechtlosigkeit der einen und der schrankenlosen Herrschaft der anderen geht seiner Lösung entgegen. Masse steht gegen Masse, und die bleibt letzten Endes Sieger, die vermöge ihrer größeren wirtschaftlichen Macht, ihrer größeren politischen Intelligenz und ihres größeren Opfermutes die politische Macht erobert. Diese große, weltgeschichtliche Auseinandersetzung zweier gewaltiger Mächte zwingt uns alle in ihren Dienst. Nicht als stumme Zuschauer, sondern als aktiv tätige Kämpfer wirken wir dabei mit.

Bedenken wir wohl, daß auch die Intelligenz der sich gegenüberstehenden Klassen ein wichtiger Faktor im Kampfe der Gegenwart ist. Nicht umsonst sind die reaktionärsten der herrschenden Klasse auch zugleich die bildungsfeindlichsten. Die dummierten Arbeiter sind die besten; das Wort war mehr als eine reberische Floskel, es war ein Programm. Der Befreiungskampf der Arbeit braucht viele materielle Kräfte, aber auch viele geistige. Immer bildungstüchtiger wird das Tätigkeitsgebiet für uns, immer schwieriger und größer werden die Aufgaben, die der Arbeiter durch uns barren. Darum mehr Bildung! Schafft Euch Wissen, erweitert Euren Gesichtskreis, schärft und Euer Geisteszustand! Die Befreiung der Arbeiter muß ihr eigenes Werk sein. Gilt das Wort auch wohl hauptsächlich für den historischen Zusammenhang, so gilt es doch immer mehr, daß es auch für den Tageskampf Geltung erlangt. Je schärfer sich die Klassengegnung ausprägt, um so mehr föhrt der Aufbruch aus der bürgerlichen Intelligenz auf, den wir früher oft recht reichlich hatten. Daraus erwächst der Arbeiterklasse die Pflicht, aus sich selbst heraus die Kräfte zu wecken, die ihr Führer, Berater und Begleiter in ihren Kämpfen sein können. Darum nochmals: erwerbt Euch Wissen! Benutzt die Zeit der kommenden langen Wende, bemüht Euch, zu lernen, damit Ihr später sehen könnt!

Die Gelegenheit zur Verbesserung der Volksschulbildung ist heute weit häufiger vorhanden, als sie es vor ungefähr zehn Jahren war. Als der Schreiber dieses vor etwa zehn oder zwölf Jahren den Versuch machte, in einer Kleinstadt in den einzigen dort bestehenden literarischen Zirkel aufgenommen zu werden, wurde ihm das verweigert, weil er ein Arbeiter war. Glücklichweise sind heute die Verhältnisse besser geworden. In den größeren Städten hat die Erhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu Bildungseinrichtungen geführt, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Auch fortgeschritten denkende bürgerliche Kreise kommen dem Bildungswander der Arbeiterklasse hier und dort entgegen. Auf diese wollen wir hier nachdrücklich verweisen. In Berlin z. B. verdient besonders die Arbeiter-Bildungsschule Erwähnung zu werden. Ihre Unterrichtgegenstände sind: Nationalökonomie, soziale Gesetzgebung, Volkskunde, Geschichte, Literaturgeschichte, Naturwissenschaft, Musik usw. Das Schuljahr befindet sich Grundschrift 37. Hof I; dort sind Auskünfte jeder Art zu erlangen. Für den Unterricht in den Elementarfächern sei empfehlend auf die Studientischen Unterrichtsstufen für Arbeiter hingewiesen, die besonders Deutsche Sprache, Rechnen, Geometrie, Geographie, Schönschreiben lehren. Dieser Unterricht beginnt am 4. November. Anmeldungen sind vom 24. bis 28. Oktober Rückstr. 9, links, Parterre, zu bewilligen. Ähnliche Kurse werden veranstaltet von den Studenten der Universitäten Charlottenburg, München, Freiburg, Göttingen, Straßburg, Marburg und Heidelberg.

Wer einen nur mangelhaften Volksschulunterricht genossen hat, sollte diese Kurse auf jeden Fall besuchen, denn die Vertrautheit mit diesen Elementarfächern ist die Grundlage allen Wissens.

In Hamburg sollte das Vorlesungswesen der Oberstufe der Arbeiter von den Arbeitern mehr beachtet werden; mit besonderer Wärme wollen wir aber die Unterrichtsstufe des Fortbildungsbereichs empfehlen, die in Wirklichkeit eine vorzügliche Einrichtung sind.

Von anderen Städten ist uns Genaueres nicht bekannt; es ist aber gewiß, daß die Bildungsmöglichkeiten ständig erweitert werden. Die Gewerkschaftsstellen haben sich schon an vielen Orten der Sache mit anerkanntem Eifer angenommen. Wer also einigermaßen Lust und Liebe zum Lernen hat, dem ist Gelegenheit genug geboten. Man vergesse nicht, die Bibliotheken fleißig zu benutzen, und vor allem nicht: ein gutes, nämlich ein Arbeiterblatt zu lesen. Auch das gehört zur Arbeiterbildung! Benutzen wir also die freie Zeit, die uns der Winter bringt, in diesem Sinne, dann haben wir sie gut benutzt!

Wirtschaftliche Mundschau.

Quartalschluß, Reichsbank und Börse — Eisengewerbe, Ausfuhr und Preisabstimmung — Maschinenbau, Textilindustrie — Braunkohle, internationale Bohrergesellschaft.

Der Geldmarkt hat die kritische Vierteljahrsende vom September zum Oktober verhältnismäßig gut überstanden; das heißt: die großen europäischen Zentralbanken brauchten diesmal nicht, wie sonst so oft um die gleiche Zeit, zu einer Diskontenerhöhung zu greifen. Aber von ruhigen, normalen Verhältnissen ist deshalb noch durchaus keine Rede. Beispielsweise ist die Deutsche Reichsbank in der Woche zwischen dem 23. und 30. September um 554,2 Millionen Mark gekürzt worden, so daß an Stelle einer steuerfreien Notenreserve von 41 Millionen Mark im Handumbreichen eine Steuerpflicht von 513,33 Millionen Mark trat. Trotzdem benutzte die Börse die überschüssigen Mittelungen und Stimmungen in der letzten Septemberwoche, vor allem in Kohlen-, Eisen- und Bankenswerten, zu

einer Kurssteigerung, die jedoch Anfang Oktober bereits wieder einen starken Rückschlag erlebte.

Auch große Produktionszweige verfallen mehr und mehr einer gewissen Flaute, ohne daß damit schon eine wirklich beängstigende Lage gegeben wäre. In vielen Fällen tritt eine Neidlichkeit mit dem Abflauen am Schluß des Jahres 1906 zu Tage. So rückt jetzt für die deutschen Eisengewerbe die Ausfuhrfrage wieder in den Vordergrund, nachdem man bisher, bei dem glänzenden Inlandsabfah, der Ausdehnung des Vertriebes nach dem Ausland keine sonderliche Bedeutung beigemessen brauchte. Offenbar ist die Steigerung der Ausfuhrleistungen nach Deutschland ein Anzeichen dafür, daß jenseits unserer Grenzen die Preise abdrücken und die Absatzmöglichkeiten nicht mehr so günstige sind. Wie wird sich der internationale Eisenmarkt erst gestalten, wenn Deutschland gleichfalls seine früheren Notverläufe nach dem Ausland wieder aufnimmt? Bedenkend ist, daß der Stahlwerksverband noch im Mai dieses Jahres das Halterlassen jeder Ausfuhrvergütung beschließen konnte und daß heute schon die Wiedereinführung lebhaft besprochen wird. In die Gerabergung der Inlandspreise scheint allmählich System zu kommen. Das Düffeldorfer Roheisenprodukt hat im allgemeinen die Preise für das Jahr 1908 um etwa 5 Pro Zent niedriger als bisher festgelegt. In der Schweifeseisenvereinigung machte sich zuletzt wegen Nichtanhaltung der Preise durch verschiedene Mitglieder eine starke Unzufriedenheit geltend, die unter anderem zum Austritt der Düffeldorfer Hörsenfermwerke (vorm. Boesgen) führte; nunmehr hat der Verband (sicher die Gerabergung der Grundpreise für gewöhnliches Schweifeseisen (Handelsseisen) um 10, für Schrauben- und Mutterseisen sowie für Stütz- und Nieteneisen um 7,50 Pro Zent beschlossen. Alle Maßwaren, die nicht durch Verbände geschützt sind, erfahren, wie selbst die „Klein. Ztg.“ eingestuft, ein andauerndes Nachlassen der Preise. Dafür freist sich das rheinische Blatt damit, daß nirgendwo beträchtliche Lagerbestände vorhanden seien, daß die groben Erzeugnisse, soweit sie in Verbänden zusammengefaßt sind, wesentlich besser dastünden, und daß die nunmehr vereinbarten Aufträge der Staatsbahndirektion sehr ansehnlich seien. Letzteres werde gerade für die entscheidende nächste Zeit eine ganz erhebliche Anspannung der Werke bringen; die Werke würden ihre Einrichtungen aufs äußerste ausnützen müssen, wodurch eine Entlastung des Trägemarktes zweifellos eintreten dürfte, wie überhaupt größere Mengen schließlich für Eisenbahnbedarf zur Verwertung gelangen werden. Das fällt die Lage der Stahlwerke auch nach anderer Richtung und macht sie namentlich unabhängiger von dem Abfah auf Holzgang nach dem Ausland, wo augenblicklich billige belgische und französische Angebote eine gewisse Rolle spielen. Das klingt immerhin schon recht versöhnlich. Und ebenso urteilen englische Berichterstatter, daß die Zeit der Haussebewegung am Roheisenmarkt vorbei sei. In der Tat notieren Roheisenmarkts nicht mehr wie Ende Mai 62 bis 63 Schilling — was zugleich den Höchststand von 1905 darstellt —, sondern 54 bis 55 Schilling. Die amerikanischen Roheisenpreise gleiten schon seit geraumer Zeit zurück.

Dem Maschinenbau, der sich öfter über die frühere rasche Erhöhung seiner Rohmaterialien beklagt hatte, würden die erwähnten Preisabstöße an sich nur vorteilhaft und willkommen sein. Andererseits ist hier in der Erweiterung der Anlagen des Guten viel zu viel getan worden; selbst in der Prospektivität konnte man deshalb Klagen über die Fabrikationspreise im Verhältnis zu den gestiegenen Ausgaben hören. Wesentlich wird jetzt der gesteigerte Wettbewerb — bei dem vor allem für den Export auch England und Amerika stark in die Waagschale fallen — wahrscheinlich rasch zu niedrigeren Preisangeboten für Maschinen führen.

Günstig ist nach den jüngsten Berichten noch immer die Lage der meisten Textilindustrien. Die Flachs- und Wollspinnerei, die Reimweberei bleiben auf der früher lange nicht mehr genannten Höhe. Die Wollwarenindustrie — nach dem Fachmann der „Voss. Ztg.“ besonders die Fabrikation in Sachsen und Thüringen, die vollene Platanisierartefakt besteht — ist flott beschäftigt, für das Ausland wie für die Ausfuhr. Die Strumpfwarenfabrikanten sollen alle Hände voll zu tun haben, um die ihnen vorliegenden älteren Aufträge zur pünktlichen Erledigung zu bringen; doch erregt hier wie in der Handweberei die Zurückhaltung der Verkäufer in späteren Aufträgen bereits manche Bellemmung. Der Zusammenbruch einiger Konfektionsfirmen und manche anderen unbedenklichen Erfahrungen in der letzten Sommerreise — Folgen mehr der Kreditverengung und des schlechten Wetters, wie etwa schon der Kaufkraftabnahme — sollen auf die Herstellung von Konfektions- und Damenkleiderstoffen hemmend zurückwirken. Die Baumwollspinnerei können noch immer der Nachfrage nicht genügen, die Baumwollweberei stehen noch auf lange Zeit hinaus unter Kontrakt.

Abnorm, wie bei dem Rückschlag der Jahre 1900/1901, bleiben abermals die Kohlenpreise: sie erreichen ihr höchstes Niveau, während auf verschiedenen Produktionsgebieten bereits eine Ebbestromung bemerkbar wird. Die Unternehmer der Braunkohlenproduktion gehen sogar so weit, daß sie von einer wahrscheinlich weiteren Preissteigerung sprechen und bis dahin die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen zu verdrängen suchen. Welche glänzenden Geschäftsergebnisse die Braunkohlengewinnung hinter sich hat, zeigt einmal die rapide Vermehrung der Ausbeute. Sie betrug in den ersten acht Monaten (Januar bis Ende August):

1904.		30977618	Tonnen Braunkohlen
1905.		33178989	„
1906.		38256267	„
1907.		40398072	„

Ferner stiegen die Berliner Großhandelspreise seit Beginn des Jahres 1906 pro Zent:

für Salonbranntwein		von 11 bis 13 auf 12 1/2 bis 14
„ Indusbranntwein		„ 10 1/2 „ 11 1/2 „ 12 1/2

Im Reiber und Senftenberger Gebiet, weniger allerdings infolge scharfer hygienischer Einschränkungen im Magdeburg-Gelmstedt-Braunschwenger Revier, sind Vergrößerungen und Neuanlagen an der Tagesordnung; um

Merseburg herum entsteht ein ganz neuer Gürtel von großen Werken; ähnlich in der Nähe von Leipzig. Selbst böhmische Unternehmungen suchen in Deutschland festen Fuß zu fassen, teils weil sie auf die Ausdehnung des eigenen böhmischen Exportes weniger Hoffnungen setzen, teils weil die deutsche Braunkohle für die Wirtschaftlichkeit günstiger sein soll. Im Rheinlande vollzieht sich eine ähnliche Ausweitung. Nur etwa zwei Fünftel der deutschen Rignitgewinnung werden von der Industrie beansprucht; bis zu einem gewissen Grade wird also ein industrieller Rückschlag für den Braunkohlenabsatz nicht so fühlbar sein wie für die Steinkohlegewinnung. Das Verhalten gegen eine Lohnaufbesserung ist um so bezeichnender.

Die konzentrierte Quintessenz dieser ganzen Entwicklung auf dem Kohlenproduktionsgebiet findet man in den Gewinnen der Internationalen Bohrergesellschaft. Sie verteilt wie im Vorjahre 500 pSt. Dividende. Nach der Finanzwochenschrift „Aktus“ haben die Aktionäre seit dem Jahre 1896 1360 pSt. Dividende erhalten. „Das heißt, sie empfangen das mit 1 Million eingezahlte Aktienkapital bereits 14 Mal zurück. Bekanntlich gibt es bei der Gesellschaft nur zwei Aktionäre: A 800 000 Aktien besitzt der Schaaffhausen'sche Bankverein, B 200 000 der Generaldirektor der Gesellschaft. Der Schaaffhausen'sche Bankverein hat mithin für seine 800 000 Aktien nahezu 11 Millionen Mark zurückbekommen, davon allein je 4 Millionen im vorigen und diesem Jahre — abgesehen natürlich von den Zinsen, die seine Direktoren als Aufsichtsräte der Bohrergesellschaft bezogen.“

Berlin, 6. Oktober 1907. Max Schippel.

Politische Umschau.

Ein Hochverratsprozeß. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht hatte im Frühjahr dieses Jahres eine Broschüre geschrieben, in der er seine in Parteifreien bekannteten Ansichten über die Notwendigkeit einer lebhaften Agitation gegen den Militarismus ausführlich darlegte. Liebknecht beschränkte die Jugendorganisationen, um die jungen Leute schon vor ihrem Eintritt ins Heer über dessen Wesen als Schutzmittel der Klassengesellschaft aufzuklären. Diese Broschüre, die im Grunde genommen ja nur etwas stärker betonte, was schon seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie anerkannt wird, wurde einige Monate nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt. Wegen ihres Verfassers wurde die Agitation wegen Hochverrats erobert. Der Prozeß ist am 8., 10. und 12. Oktober vor dem Reichsgericht verhandelt worden. Er endete mit der Verurteilung Liebknechts zu anderthalb Jahren Festung. Der Oberreichsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt. Wir sind nicht genug juristisch geschult, um uns in den traurigen Gedankenengungen des Urteils zurecht zu finden; aber auch ohne das zu sein, sind wir überzeugt, daß dieser Prozeß ein Tendenzprozeß war, den das Urteil entspricht. Die Anklage ist nicht aus der eigenen Initiative des Oberreichsanwalts hervorgegangen; dieser erklärte selbst, daß er zu seinem Vorgehen von „zuständiger Stelle“ angeregt worden sei. Also nicht das beste Recht, sondern die gereizte Staatstraiton, das heißt, die Majon des preussischen Junkerstaates, erheischte Sühne.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, den hienographischen Bericht über den Prozeß in einer zur Massenverbreitung bestimmten Schrift zu veröffentlichen. Wir empfehlen schon jetzt diese Schrift der größten Beachtung und Verbreitung.

Nieder mit den Gewerkschaften. Das ist die Quintessenz eines Artikels über die Gewerkschaftsbewegung, den wir in den „Hamburger Nachrichten“ finden. Von den Wählern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeiterorganisationen und ihre Bestrebungen zu verunglimpfen und gegen sie zu hetzen, ist dieses Blatt seit den Tagen, da es Bismarcks Reichorgan wurde, eines der schärfsten. Oft schon hat es zu rückfichtloser, gewalttätiger Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften aufgefordert unter dem Vorbehalt, daß sie den „gewalttätigen Umsturz“ erkräften. Ein Geheiß zur Anhebung dieser „gemeingefährlichen Faktoren“ ist schon jahrelang sein höchstes ordnungspolitisches Ideal. Das kommt auch in seiner neuesten Leistung wieder zum Ausdruck. Es schreibt:

„Man hat von der Gewerkschaftsbewegung den großen Umschwung in den Arbeitermassen erwartet. Der Wille der letzteren, sollte dadurch von phantastischen Zukunftsbildern abgelenkt, ausschließlich auf die Gegenwartsmöglichkeiten gerichtet, und so die Zufriedenheit mit einer allmählich fortschreitenden Reform der auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung erwachsenen Verhältnisse hergestellt werden. Heute weiß man, daß zum mindesten in der weit überwiegenden Mehrheit der bestehenden Gewerkschaften, nämlich in den sozialdemokratischen, die Entwicklung die gerade entgegengesetzte gewesen ist. Die Arbeiter haben die ihnen durch die sogenannte Sozialreform dargebotenen Wohlstandshinweisen nicht, um sich damit zu befrieden zu geben, sondern um den Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse mit um so besser gestärkter Kraft fortzuführen. Nicht nur die lediglich zum Zweck der Machtprobe unternommenen Streiks sind fortwährend in der Zunahme, auch der Terrorismus der Gewerkschaften gegen Arbeiter und Arbeitgeber wächst ins Ungeheure. Es ist der gewalttätig-revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie als praktische Überlebensform. Auch der dem Geschäftsleben fernliegende Beobachter muß, wenn er die Augen nicht absichtlich verschließt, erkennen, daß hier eine ungeheure Gefahr für unser wirtschaftliches, unser soziales, unser politisches Leben heraufzieht, eine Gefahr, die nach statistischem Ausweis in rapidem Wachstum begriffen ist.“

Ein fanatischer Blinder, der sich gleichen spricht aus diesen Zeilen. Dem proletarischen Klassenkampf möchte man durch eine „große Aktion“ ein Ende machen. Geradezu werden die freien Gewerkschaften hingestellt als Organisationen, die den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie dienen. Die ordnungspolitisch-demagogische Schamlosigkeit

des Gehirns erreicht ihren Gipfelpunkt in der Behauptung, daß die Gewerkschaften eine „ungeheure Gefahr“ für unser wirtschaftliches, soziales und politisches Leben sind. Vernünftige und gerechte Beurteiler aus bürgerlichem Lager, müssen sich schämen, Gegenstand dazu die Tatsache setzen lassen, daß die Gewerkschaften unter den Faktoren, die geeignet sind, ein gewalttätiges Eingreifen in den Gang der organischen Entwicklung zu verhindern, zu den hervorragendsten und wichtigsten gehören. Gerade dadurch, daß man die Arbeiterbewegung mit brutaler Gewalt unterdrückt, wirkt man bei der entgegengegesetzten Richtung. Das Massenbewußte Proletariat will den Gewaltkampf nicht. Aber die „Ordnungspolitiker“ vom Schlage der Stribenten der „Hamburger Nachrichten“ wollen ihn. Sie sind bemüht, in gewissenloser Weise ihn zu provozieren. Entredung und Ansetzung der Arbeiterklasse ist das verdammernde Ziel ihrer Politik.

Diesem verbrecherischen Unfug gegenüber müssen die Arbeiter immer entschiedener und energischer hinwirken auf die Erhaltung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Denn die ganze Arbeiterklasse ist es, die bedroht wird. Die Massen, die jetzt noch abseits der Partei und der freien gewerkschaftlichen Organisation stehen, oder gegen die gar in „christlichen“ und „gelben“ sich mißbrauchen lassen, müssen erkennen, daß es für sie nur einen Weg gibt, der Weg zu der Bewegung, den die „Hamburger Nachrichten“ und mit ihnen das ganze Schamfächerwerk unterdrückt wissen will. Auf Niederträchtigkeit, wie jenes Blatt sie ausübt, gibt es immer nur eine richtige Antwort: die Gewinnung neuer Laufende von Mitgliedern für die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftliche Organisation.

Gegen die gelben Gewerkschaften hat der jüngste Delegiertenkongress der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln Stellung genommen. Auf Antrag des Redakteurs-Zoos von der „Westf. Arbeiterzeitung“ die Verammlung die Gründung von sogenannten „gelben“ Gewerkschaften („Vereinen arbeitswilliger“ oder „unorganisierten Arbeiter“, oder „baterländischen Arbeitervereinen“ mit gewerkschaftlichen Nebenzwecken) für durchaus verfehlt und wider im „nationalen“ noch im Arbeiterinteresse liegend. „Diese „gelben“ Gewerkschaften wollen zwar eine Gewerkschaft gegen antinationalen Bestrebungen und den von der Sozialdemokratie geübten Terrorismus sein, aber sie entstehen völlig der einen solchen Zwecksetzung entsprechenden Grundlage in Programm und Organisation. In der Regel auf Anregung von Unternehmern gegründet und finanziell unterstützt, vertreten sie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in ihren dem Gebieten des Vaterlandes und einem vernünftigen sozialen Fortschritt entgegenwirkenden Tendenzen nur erfolgreich bekämpft werden kann durch eine ebenso standesbewußte wie christliche und nationale Arbeiterbewegung. Diese aber ist bereits geschaffen worden in unseren konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Weit entfernt davon, die ausföchtliche Bewegung der christlich-nationalen Arbeiterkraft zu härten, stellen die „gelben“ Gewerkschaften eine nach allen Seiten hin schädigende und gefährliche Zersplitterung dar, die geeignet ist, schwere Zerwürfisse innerhalb der deutschen Arbeiterkraft für die Folge herbeizuführen. Der Delegiertenkongress erwartet von den katholischen Arbeitervereinen, daß sie den „gelben“ Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.“

Diese Einwendungen gegen die gelben Gewerkschaften sind in der Hauptsache zutreffend. Das heißt insofern, als gesagt wird, daß sie zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung dienen. Aber diese selbe Verschärfung muß mit demselben Nachdruck immer wieder auf neue auch gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben werden. Nach der mitgeteilten Resolution des Redakteurs-Zoos nehmen diese für sich die Aufgabe in Anspruch, die Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen. Dafür begreift sich auch ein Verrat an der Arbeiterklasse; denn die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bieten keinen Arbeiter, der gerecht und vernünftig zu denken vermag, Anlaß, sich zu ihrer Bestärkung mißbrauchen zu lassen. Nur Unberstand kann dazu verleiten.

Wieder eine Reform der Halsheit. Der Reichsanwalt hat einen Gelehrtenruf veröffentlicht betreffs Reform des Zivilprozesses. In dieser Leistung bewährt sich wieder einmal der Geist der Zurechtzwei und des Bureautrismus. Wie die „Reform“ aussieht, ist u. a. aus folgendem zu entnehmen: man scheut sich nicht, die Rechtsverfolgung dem Wohlhabenden zu erleichtern, sie dem weniger Begüterten zu erschweren. Es soll nämlich, um die Verurteilung zu verhüten, eine Verurteilungsumme eingeführt werden. Wer kleine Ansprüche einlegt — und wer tut es durchschnittlich? Doch nur der kleine Mann, dessen Geldumlauf gering ist —, der soll keinen Rechtsbehelf gegen ein Urteil mehr haben. Es sei denn, daß der Wert des Beschwerdegegenstandes, des Unterschiedes zwischen der eingeklagten und der durch Urteil bewilligten Summe, mehr als fünfzig Mark beträgt. Nur der, der das Gericht mit größeren Dingen beschäftigt, der Großhändler, der reiche Darlehensgeber, der Erbe, der um hohe Summen klagt, soll fernerhin die Gunst der Berufungsmöglichkeit genießen. Die Rechte der Leute, die bescheidene Geschäfte machen, bescheidene Streitigkeiten ausfechten, sollen beschnitten werden. Man hätte zum mindesten die reaktionäre Tendenz einer derartigen Rechtsverfälschung mit herghafter und ehrlicher Offenheit hervorheben sollen.

Ein Zug des Geistes wißlicher und gründlicher Reform ist in dem ganzen Entwurf nicht zu entdecken. Die Hauptsache ist, wie die Ziviljustiz am billigsten und am schnellsten ihres Amtes walten kann, ohne Rücksicht darauf, ob dabei auch das Recht gebührend zur Geltung kommt.

Eine Beschränkung der Freizügigkeit. Um die Abwanderung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Betrieben während der Bauzeit des Hochwassers zu verhindern, hat der preussische Minister nach Möglichkeit vorzugeben, daß der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß hierbei Arbeiter nicht angenommen werden dürfen, welche in den letzten

abließ Monaten mindestens drei Monate in den Kreisen Seltow, Raudy-Welzig, Niederbarnim, Osthavelland, Oberbarnim, Ruppiner, Templin, Angermünde, Königsberg-Neumark, Labas in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dessen Eig nicht mindestens 25 Kilometer von der Linienführung der neuen Wasserstraße entfernt liegt. Nicht betroffen von dieser Beschränkung sind diejenigen Arbeiter, welche in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und Spandau beschäftigt gewesen sind. Ueber weitere, während des Baues sich als erforderlich herausstellende Beschränkungen bei der Auswahl des Arbeiterpersonals entscheidet das königliche Hauptbauamt in Potsdam.

Das ist ohne Zweifel eine Beschränkung der Freizügigkeit, wenn auch nur eine territoriale. Da die Freizügigkeit auf Reichsgesetz beruht, so dürften die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht verhehlen, diesen Eingriff in eines der fundamentalsten staatsbürgerlichen Rechte im Reichstage zur Sprache zu bringen. Dem preussischen Minister muß an dieser Stelle begreiflich gemacht werden, daß er nicht befugt ist, die reichsgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit willkürlich zu beschränken. Der Umstand, daß er preussischer Minister ist, gibt ihm solche Befugnis nicht.

Ein neues Buchstangesetz gegen die russischen Gewerkschaften in Sicht. Die Regeln über Vereine und Verbände, mit deren Hilfe die russische Regierung die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen sucht, wurden bekanntlich am 17. März 1906 als „temporäre“ Maßnahme bis zur künftigen Herausgabe im Einklang mit dem Manifest vom 30. Oktober 1905 eines allgemeinen Vereinsgesetzes erlassen. Wie das jedoch in Russland üblich ist, existieren diese „temporären“ Regeln wohlbehalten schon fast zwei Jahre. Sie überlebten die erste wie die zweite Duma, denn die Regierung beilegte sich nicht, eine Gesetzesvorlage zwecks Änderung der temporären Regeln einzubringen, während die bei weitem nicht liberale Vorlage der Kadettenpartei nach Auflösung der ersten Duma ruhig liegen blieb.

Jetzt endlich hat das Ministerium des Innern in den genannten Regeln „Mängel“ gefunden und in Anbetracht der bevorstehenden Revision derselben — Gouverneure um ihre Mitwirkung erucht. Ein ministerieller Erlaß schreibt den Gouverneuren vor, dem Ministerium des Innern spätestens bis zum 14. November d. J. mitzuteilen, welche Mängel sie, die Gouverneure, im bestehenden Vereinsgesetz gefunden hätten, und in welchem Sinne diese, nach ihrer Ansicht, abzuändern seien. Diese Maß der „Experten“ in Sachen der „Revision“ des Vereinsgesetzes spricht allein deutlich genug, in welcher Richtung das Ministerium diese „Revision“ vornehmen will. Höchst charakteristisch sind in dieser Beziehung einige Punkte, die der Minister in seinem Mundschreiben besonders hervorhebt. Es fordert das Mundschreiben (Art. 2) die Gouverneure auf, dem Minister mitzuteilen, inwiefern das den Berufsvereinen gewährte Recht, öffentliche Versammlungen abzuhalten, ihren tatsächlichen Bedürfnissen entspricht (1), und weiter (Art. 3): „Inwiefern die bestehende Ordnung der Gründung der Vereine — nämlich die Anmeldung und Registrierung — den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht.“

Es muß hierzu bemerkt werden, daß die Anmeldung und Registrierung bloß in der Phase des Ministeriums existiert. Es funktioniert in Wirklichkeit ein Konzeptionsbüro; denn die Administration hat stets die Möglichkeit, die Registrierung des angemeldeten Vereins unter diesem oder jenem Vorwand zu verweigern.

Die angeführten Punkte und die Auswahl der „Experten“ für die bevorstehende „Reform“ lassen keinen Zweifel darüber, daß ein neues Gewerkschaftsbeschränkungs-Gesetz in Vorbereitung ist, das die ohnehin unträglichsten „legalen“ Grenzen, die für die Tätigkeit der Gewerkschaften in Russland gezogen sind, noch mehr einschränken wird.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haegor), Apenrade (Sperre über Callesan), Flensburg (Zimmererstreik), Kiel, Segeberg (Differenzen);

Mecklenburg:

Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke);

Brandenburg:

Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rahfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:

Gammeln (Streik), Pyritz (Sperre über Friedr. Berg);

Ost- und Westpreußen:

Sensburg (Sperre über Rahse), Kemel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen — Schlesien:

Ochla (Sperren über Rother, Kern und Jander), Peisterwitz (Sperren über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpnagel);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, O. Aue, Elisen- und Fichtestrasse, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsgörnerstrasse, in L. Gantsch Fr. Probst & Co., Spinnerstrasse, in L. Leutzsch Eisengroßhandel, E. Becker & Co., in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Schartrasse), Colditz (Streik);

h) Lohnstatistik und Tarifverträge.
 Zwickau, Bamberg, Frankfurt a. d. O., Wensleben, Sintersee, Naumburg, Memmingen, Nageburg, Großbeeren, Mannheim, Wermelskirchen, Leipzig je M. 5.

Müncheberg M. 2, Bamberg 2,50, Großbeeren 1,50.

h) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln.
 Deliglich M. 3, Emden 3, Gildesloh 3, Zetz 3, Neuhardenberg 2, Berlin 920, Wittmund 9, Rendsburg 1, Berleberg 3, Fellehe 3, Weida 3, Brüggen 3, Lindow 8, Kranowitz 8, Schmalfalben 1,40, Mündeberg 1, Jülichau 3, Goslar 1, Ronstang 2, Frankfurt a. d. D. 21, Triptis 1, Plauen i. B. 10, Hintersiefel 4, Naumburg 15, Emden 1, Detmold 3, Eisenberg 3, Witten a. d. Auer 3, Meckwien 3, Lautenbach 3, Goldberg i. Schl. 3, Salfgau 3, Schmödnitz 3, Rortorf 1, Jangenhajala 4, Mannheim 101, Sameln 13,20, Neuhardensleben 4, Wermelskirchen 1, Deutsch Eylau 4, Strophitz 3, Wittenberg 4,40.

Marken-Versand. Vom 30. September bis 12. Oktober sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Votafondsmarken):

Müblingen 200 B à 40. Augsburg 5000 B à 45. Ulm
sieht 800 B à 35. Ulm 1200 B à 40. Ulmberg 100 A à 25.
Mittöttingen 100 B à 35, 100 K à 10, 100 L à 5, 50 A à 25.
Münstermünde 100 B à 40. Annaberg 1000 B à 35. Ulm-
Haldenleben 200 B à 40.

Bitterfeib 8000 B A 45, 50. Bodenem 600 B A 35.
 Berlin 2000 A A 50. Bräslau 10000 B A 60, 500 B A 40.
 Barts 2 E A 150. Braumfeib 200 B A 50. Brunsbüttel 60.
 Bart 50 E. Baidm 800 B A 35, 300 B A 30, 50 A A 25.
 Barmen 8000 B A 65. Beelitz 200 B A 50. Budom 150 B
 A 45, 100 B A 50, 50 A A 25. Borna 2000 B A 45.
 Brind 200 B A 30, 100 B A 60, 100 A A 25. Borsdorf 200 B
 A 45. Biere 50 A A 25. Bromberg 5000 B A 50, 2000 B
 A 40, 400 B A 35. Wood 200 B A 40. Burgardt 2000 B
 A 40. Bernau 400 B A 60. Bochum 7000 B A 65, 3000 B
 A 60. Bochwig 800 B A 40, 100 B A 35, 50 A A 25, 5 E
 A 50. Brül 200 B A 40.

Cotschicht 100 B à 30 $\frac{3}{4}$, 50 A à 25. Cheunisch 10000 B
 à 50. Grinnichschau 1000 B à 45. Gurbahen 1200 B à 50,
 80 E à 50. Gelin 10000 B à 70. Ginnemalde 10 E à 50.
 Gösfin 25 B à 30. Gammir 10 E à 50, 200 B à 40. Gol-
 berg 2000 E à 45, 150 B à 30. Caputh 200 B à 65, 50 B
 à 30. Ginnersdorf 3000 B à 50.

Döbeln 4400 B. à 35. A. * Düben 800 B. à 35. A. Deutlich
 Riffa 1600 B. à 40. Daffow 300 B. à 40. 50 A. à 25.
 Döberan 10 E. à 50. Düldeßdorf 800 B. à 45, 200 K. à 20.
 10 E. à 150. Darqum 800 B. à 35. Dessau. 10 E. à 150,
 50 A. à 25. Dönnitz 400 B. à 35. Detmold 1200 B. à 45,
 1000 L. à 10, 30 A. à 25. Demmin 1600 B. à 40, 10 E. à 50.
 Delitzsch 1000 B. à 45, 25 B. à 65. Dören 1200 B. à 50.

Ellersberg 600 B à 35 $\frac{A}{g}$. Erbmühle 200 B à 30. Egetin
 100 B à 35. Elmshorn 1000 B à 55, 100 B à 60, 200 B
 à 70, 100 B à 85. Erderborn 800 B à 40. Eufurt 2000 B
 à 50, 800 B à 30. Eutin 1000 B à 50, 100 A à 25, 10 E à 50.
 Frankenhausen 1000 B à 35 $\frac{A}{g}$. Frelejad 200 B à 35.
 Freiburg i. Schl. 1000 B à 40. Friedrichsdorf 400 B à 30.
 Frieda 800 B à 40. Frankfurt a. d. O. 3000 B à 45, 200 A
 à 95, 500 B à 100, 800 B à 65, 10 E à 50.

28. *Glypta* 1000 B. à 40, 200 B. à 65, 10 E. à 50.
Gera 6000 B. à 50 $\frac{1}{2}$. *Glaucidium* 2000 B. à 35 $\frac{1}{2}$, 10 E.
à 50, 2000 B. à 40, 1000 L. à 5. *Gengenbach* 20 E. à 50.
Gnoin 1000 B. à 35, 200 B. à 30, 100 A. à 25. *Gorba*
2000 B. à 50. *Gummertsbach* 1000 B. à 50, 60 A. à 25.
Göttingen 4000 B. à 40. *Goldeln* 100 B. à 40, 140 B. à 35.
100 A. à 25. *Grafenberger* 25 B. à 30. *Groß-Meudorf*
300 B. à 35. *Grafenhainichen* 600 B. à 40. *Groß-Beer*
200 B. à 50, 100 B. à 65, 50 A. à 25. *Gummen* 1000 B.
à 50. 10.000, B. à 40.

Hahnrode 400 B à 40 $\frac{1}{2}$. Hamburg 50 000 B à 70,
1000 K à 10. Heilbronn 5000 B à 50. Heflingen 800 L à 15.
Hemmoor 400 B à 40. Herzberg a. d. E. 400 B à 30, 25 B
à 65. Holzhausen 400 L à 10. Hameln 1800 B à 45,
1200 B à 40, 800 B à 35.
Schw. 400 B à 40 $\frac{1}{2}$. Seifritz 200 B à 15. Seifritz 500 B à 15.

100 B à 80, 5 F à 50. Sema 3000 B à 45.
 Riffenbrück 100 B à 35. Karlsruhe 300 B à 60, 15.000 B à 50, 2000 B à 40, 600 B à 35, 400 B à 30; 600 A à 25.
 Stellinghusen 50 A à 25. Stönigsmühlhausen 200 B à 65, 700 B à 60. Sayna 800 B à 45. Kempfen 1200 B à 40, 10 E à 30.

Sambrecht 200 A à 25 $\frac{1}{2}$ Leutenberg 300 B à 35.
 Rübeck 10 000 B à 60. Lauf 400 B à 40. Ewenberg 600 B
 à 40. Luda 600 B à 40. 200 B -A 45. Loden 50 B à 75.
 Rütjenburg 600 B à 40. Siebenstein 600 B à 40, 200 B à 35,
 200 L à 10. Siegnitz 600 B à 50. Silberstein 800 B à 45.
 Siepe 200 B à 55. 200 B à 45, 30 A à 25.

Wylau 5 E à 50 $\frac{1}{2}$. Mittenwalde 100 A à 25. Münch-
berg 400 B à 40. Mittweida 50 B à 65. Möslein 400 B
à 45. Mühlenden 2000 B à 60, 100 E à 150, 2000 B à 50.
Münster 2000 B à 60, 200 A à 25. Mienen. 300 B à 80.
Mügendorf 200 B à 60. Marxfrankstädt 1200 B à 55.

Nordhausen 2400 B à 45. Neustadt i. M. 200 B à 40.
Niederhonne 400 B à 40. Nürnberg 200 B à 35. Rowanet
100 A à 25. Regensburg 600 B. à 45. Roffen 200 A à 25,
200 K. à 25. Nordenham 2000 B à 60. Nebra 200 B à 35,
100 B à 80.

Osterburg 1000 B à 35 A, 11 B à 30. Osnabrück 100 B à 30, 3500 B à 60, Ohlstedt 200 B à 60, 100 A à 25. Osterwid 200 B à 30. Oppeln 400 B à 40. Osterholz 400 B à 75, 100 A à 25, 800 B à 55. Ohlau 300 B à 35. Ortrand 800 B à 40. Oldestoe 1200 B à 50.

Böfen 20 E à 150 \$, Peine 1000 B à 50, Pfähle 500 B
à 50, 200 B à 30, Pegau 1200 B à 40, Podeschuch 400 B
à 50, Poppenlauer 100 B à 35, 100 A à 25, Reisterwitz
200 B à 40, 50 A à 25, Renglin 600 B à 40, 200 L à 10,
Rirma 2000 B à 55, 2000 B à 50, 2000 B à 45.

Daidbrunn 200 B & 55 A, 100 B & 65. Quafenbrunn
 400 B & 45, 6 E & 150.
 Reidenbach 1.3. 2000 B & 40 A. Regenwalde 200 B &
 800. Stublofsb. 1000 B & 40. Hüßla 1000 B & 40. Nofen-
 helm 800 B & 45. Niftrda 800 H & 35. Nofla 200 B & 85.
 100 A & 25. Reidenbachsheim 800 B & 40. Rheine 800 B &
 45. Rensfeldt 200 B & 55, 200 B & 50. Rißel 400 B & 85.
 Roßberg (Saun.) 400 B & 50. Riegeburg 200 B & 45.
 10 E & 50.

Eachmich 100 B. & 35. A, 100 A & 25. **Senftenberg** 1000 L
 A & 25, 900 A & 25. **Soltan** 400 B & 45. **Stabliggen** 800 B
 & 35, 100 B & 30, 60 A & 25. **Sorff** 200 B & 45, 100 B.
 & 30. **Sonneberg** 1500 B & 40, 20 E & 300, 100 A & 25.
Striegan 1200 B & 35, 100 L & 10. **Sedbt** 100 B & 60.
Stelle 50 B & 40, 60 B & 45. **St. Johann** 8000 B & 65.
Solligen 2000 B & 65. **Stabfur** 2000 B & 45, 1000 B & 40.
Starlitz 200 B & 45, 25 B & 40, 150 K & 10. **Sandow**
 100 B & 30, 200 A & 25. **Stargard i. M.** 400 B & 35.
Strehlen 10. E & 50. **Suttigar** 20 000 B & 60. **Sadrau**
 50 B & 35. **Schnelsen** 500. B & 70. **Stralfund** 400 B & 50,
 200 A & 25. **Schmieberg** 600 B & 40. **Schulanke** 60 B
 & 35. **Sonderburg** 5000 B & 60. **Schönwalde** (Spreenbad)
 100 B. & 25. **Schöppuritz** 400 B & 45, 100 B & 30, 50 A
 & 25. **Schajda** 10. E & 50. **Schlottjeim** 600 B & 30. **Star-**
gard i. Pom. 200 B & 40. **Schwabach** 600 B & 40. **Schwiebus**
 1200 B & 35.

Filist 50 E à 50 g. Trebitsch 100 B à 45. Treptow
a. b. Mega 15 E à 50. Treumlein 800 B à 40. Tutzingen
40 B à 40, 50 E à 50, 410 B à 50. Teupitz 400 B à 50.
Trebbin 400 B à 50, 200 B à 45, 200 B à 30, 200 A à 25.
Tautenhain 300 B à 40, 50 A à 25. Treuenbriege 400 B
à 35, 5 E à 150.

Helgen 2000 B à 45 $\frac{1}{2}$, 400 K à 20.
 Wiffelshöfde 500 B à 40 $\frac{1}{2}$. Wieg 25 A à 25.
 Wrefchen 600 B à 40 $\frac{1}{2}$. Walldorf 100 B à 50. Walften-
 rieb 500 B à 35. Welterfde 10 E à 50. Wiesbaden
 10000 B à 60, 800 B à 55, 400 B à 40. Wolgaft 400 B

A 10. Merbau 10 E à 150. Scherfand 50 A à 25. Silber-
schanien 200 B à 45. Wronke 5 E à 50, 20 A à 25. Wa-
genhien 800 B à 30. Wilmund 400 B à 40. Wolbenberg
500 B à 30. Wunjen a. b. Wüfer 400 B à 45, 200 K à 10.
Wormseld 2000 B à 55, 200 B à 45. Wüster 200 B
à 50, 100 B à 40. Würzburg 12 B à 35.
Zehndorf 2000 B à 45 A, 50 B à 30. Zellin 50 A
à 25. Zerbit 800 B à 45, 100 B à 30, 50 A à 25. Zeulen-
roda 400 L à 10.

016 x All 1-9 5 1/4 8 1/4 x 100%

Abrechnungen für das dritte Quartal 1907 wurden vom 1. bis 14. Oktober aus folgenden Zweigvereinen eingelangt: Aaden, Aalenberg, Adersdorf, Adersbüchel, Altsleben, Alt-Glenside, Allottingen, Angerburg, Anklam, Annaberg, Ausbach, Avenrade, Arneburg, Arnim, Aschersleben, Aue, Altenburg, Balghagen, Bamberg, Barnitzel, Berchtesgaden, Bergedorf, Bernsee, Benßen, Bitterfeld, Borsdorf, Borsdorf, Breittingen, Bremerförde, Brigg, Bromberg, Brück i. d. M., Budow, Burg b. M., Burcheide, Burgdorf, Camnitz, Cossefeld, Cölbitz, Coppenick, Cöstin, Coswig, Cöthen, Coburg, Crinitzschkau, Croßitz, Cunningsdorf, Curghausen, Dahlen, Daffow, Delitzsch, Derenburg, Demold, Deutsch-Kallewitz, Dieffenburg, Dirckel, Driesien, Tropzig, Düdelsdorf, Dürrwangen, Düsseldorf, Eberswalde, Egeln, Eisenberg, Elmshorn, Elmsteden, Embden, Esfen, Filschke, Flensburg, Glöha, Frankenberg i. S., Frankenhausen, Frankfurt a. d. O., Fraustadt, Friederswald, Friedrichroda, Gardelegen, Gengenbach, Gerlingswalde, Glaucha, Gleiwitz, Gleichen, Glogau, Goldberg i. Schl.-Gollnow, Gommern, Görzig, Goslar, Grabow, Graudenz, Greiz, Gronau, Gr. Weeren, Großbadersdorf, Gummersbach, Habersleben, Halberstadt, Hamelin, Hammerstein, Harburg, Heiligenhafen, Helmstedts, Henningsdorf, Herlingen, Herzberg a. d. Elster, Holzminden, Jütlum, Jüttenrode, Jarmen, Jauer, Ketzschwitz, Jürgensenle, Johannsburg, Kaiserlautern, Kallenberg, Kaltowitz, Stauffeuren, Kama, Käls, Kolmar i. Posen, Königs-Lutter, Konstant, Krafow, Krausnick, Kronsfeld, Nach, Landsberg a. Lech, Langenfelza, Laucha, Lauenburg a. d. Elbe, Leipzig, Leisnig, Leutmannsdorf, Riepe, Lindau, Lindow, Reichels, Loitz, Lörrach, Löwenberg, Lübeck, Lügchow, Luda, Ludenau, Lüdenscheid, Lüneburg, Lissa, Lützen, Malchin, Manower, Marstrand, Meiersberg, Memel, Memmingen, Mes, Michendorf, Möbbach, Müllsen, Mühlentberg, Münden i. Hann., Münfler, Munster, Myhlau, Naumburg, Neugersdorf, Neuhabenberg, Neufallen, Neufosslar, Neumarkt i. Schl., Neumnitzsch, Neurobe, Neustadt a. d. Haardt, Nordhausen, Norfort, Nowawes, Nauen, Neisse, Oberglagow, Debern, Ohlau, Ohlfeldt, Otzenburg i. Grotzh., Osnaabrück, Ostrosnitze, Passau, Peine, Perleberg, Pirna, Platte, Plauen i. V., Pleiß, Plöbst, Poppendaner, Preß, Prenzlau, Regesburg, Regenwalde, Regensburg, Regau, Reichenbach i. Schl., Reichenhall, Reichenbach, Reinfeld, Reinsburg, Reppen, Reulingen, Riethenberge, Nieder, Roda, Roßlig, Roslau, Rosenwin, Roth, Notrburg i. H., Rudolfsdorf, Rüschdorf, Safran, Salzweil, Sarichet, Schandeleben, Schlawe, Schleswig, Schlottheim, Schnalfelden, Schmälzin, Schmeerberg, Schneidemühl, Schöningen, Schönauke, Schwanebeck, Schwerinngen, Schwerin a. d. W., Schwelbe, Sebnitz, Seelen, Sindach, Singen, Soltau, Spandau, Sperdy, Spremberg, Stadlagen, Staderhagen, Stelle, Stendal, Straßfurt, Strambing, Straussberg, Silberbach, Sandow, Tangermünde, Tautenhain, Teitnang, Tiffel, Timmerode, Torgau, Trachenberg, Travemünde, Trebitz, Treblitz, Treffurt, Treuen, Treuenbriegen, Triebes, Trier, Trpis, Tübingen, Zuttingen, Uelsen, Ueterlein, Verden, Villingen, Wischlöder, Walldheim, Wallkriede, Waren, Warin, Wenner, Weida, Weiburg, Wendischdorf, Werden, Werder, Westerstede, Wildeschaufen, Wilhelmshafen, Wippen a. d. Aller, Wittenerberg, Wittenburg, Wittmund, Wolffenbüttel, Wollin i. S., Wriezen, Wronke, Zabrze, Jedau, Zeitz, Zerbst, Zittau, Börg, Büllschau, Wentau, Zwiadow.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-
gewählten Vorstandmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger
Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben, und denen nicht
brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Schrage = Viefels (Verb.-Nr. 54 095), Wilh. Telpmann = Dortmund (118 986), Heinrich Steinmann = Herford (124 896), Paul Staufenbiel = Bochum (157 301), Anton Pilger = Münden (425 008), Dionys Lutz = Karlsruhe (216 024), Josef Schmitt = Mainz (40 581), Herm. Wagnitz = Herne (840 836), Fritz Winkler = Dagenburg (82 712), Richard Kegenberg = Königsb. i. Pr. (80 901), Gust. Dittmann = Königsb. i. Pr. (80 957), Fritz Schifora = Dortmund (378 127), Karl Emblein = Frankfurt a. M. (271 891), Aug. v. b. Ghe = Eeelen (124 853), Jos. Wustkants = Ostrosky (493 328), Wilh. Opel = Hannover (82 087), Jos. Malec = Burgbladt (444 499), Otto Fischer = Nowawes (91 814), Fritz Hartmann = Darmstadt (275 938), Paul Bräuer = Breslau (16 925), Bernh. Boremba = Danzig (811 982), Alb. Burde = Danzig (896 343), Ad. Gledemann = Münster i. Hann. (77 293). Meins. Geners

Berlin (258 419), Joh. Börlig = Weiskerth (222 673), Karl
Majner-Müller-Gieseler (106 087), Paul Buzik-Böglou (395 079),
Ludw. Almeroth-Gaffel (183 133), Jakob Maurer = Mischke-
Berthelien (138 157), Karl Scheib-Frankfurt a. M. (271 979),
Friedr. Kränke-Vorberg (342 433), Rud. Theilmann-Vorberg
(342 529), Otto Schulz-Berlin (164 620), Georg Ballmann-
Mannheim (261 691), Ferd. Widmann-Minden i. W. (87 283),
Wilh. Wehling-Minden i. W. (244 237), Heinrich Widmann-
Minden i. W. (219 950).

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 37b des Statuts vom 3. Feigeberein: Düsselbort: Karl Roß (Herb.-Nr. 65 897); G. Beerert: Emil Lehmann (74 783), Karl Schneider (74 789), Hermann Wieling (3285), G. Henrich: Max Schirgel (471 12), Gustav Seifert (241 246), Albert Wieland (138 069), Max Roß (391 936), Karl Gottschalk (391 638); Neppen: Karl Lorenz (96 990); Oranienburg: Albert Heße (92 781), Emil Scholkmann (3656), Wilhelm Heße (92 796), Richard Dwig (92 759), Otto Dalchow (247 084); Baul Kahl (333 557), Wilhelm Wiermann (247 098), Hermann Schmitz (439 204), Rudolf Berg (439 207), Otto Fischer (338 374), Ernst Seiser (333 375), Otto Meißelt (333 377), Karl Krohne (439 213), Karl Lubig (376 134), Emil Winter (439 226), Albert Molenberg (439 226); Wilschhausen: Georg Gersten (107 121), Karl Gollmann (107 140), Emil Siemers (111 868), Heinrich Vobering (376 743), Heinrich Sander (111 865), Heinrich Schäfer (107 127), Heinrich Hänting (111 869).

NB.: Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüch-

ständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen,
werden vom Zweigverein **H u s u m**: **Frisz Dähn**, geboren am
4. Januar 1878 zu Hamburg (Verb.-Nr. 107 241); **Oranien-**
burg: **Hermann Brofmann** (262 705).

Um Angabe seiner Adresse wird ersucht, vom Zweigverein Schwerte a. d. R.: Paul Bismuth, geb. am 2. 4. 1878 zu Altena i. R., Verh.-Nr. 420 983.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mittheilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand.

Cöln. Am 7. October tagte hier im Volkshaufe eine gut besuchte öffentliche Mauererversammlung. Der Gouv.-vorstehende Güttmann aus Frankfurt a. Main sprach über die internationale Arbeiterbewegung und die internationale Mauererkonferenz in Stuttgart. Einleitend wies der Redner auf die internationalen Beziehungen der Arbeiter in früheren Jahren hin und bemerkte, daß bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts internationale Beziehungen der Arbeiter angestrebt worden sind. Daß es zur damaligen Zeit nicht schon zu festern Beschüssen gekommen ist, sei wohl auf die wirtschaftliche, sowie auf die politische Lage zurückzuführen. Auch der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich in den Jahren 1870 bis 1871 diene mit dazu beigetragen haben, daß die internationale Solidarität nicht schon früher propagiert wurde. Zum ersten Male sei es der Arbeiterchaft auf dem internationalen Kongreß im Jahre 1889 in Paris möglich gewesen, sich über internationale Beziehungen zu äußern. In Paris sei eine grundlegende Taktik für die Arbeiter aller Länder im wirtschaftlichen sowohl wie im politischen Kampfe festgelegt worden, und diese Beschüsse seien auch bis jetzt mehr oder weniger in Kraft geblieben. Auf den Kongressen, die nach dem Jahre 1889 folgten, sei eine stetige Entwicklung zu verzeichnen gewesen; besonders sei dieses auf dem jüngsten Kongreß in Stuttgart in erfreulicher Weise zu Tage getreten. Der Redner verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses. Sodann beschäftigte er sich mit der internationalen Mauererkonferenz, die gleichfalls in Stuttgart stattfand. Es war die zweite Konferenz dieser Art, die für den Mauererberuf abgehalten wurde. Wie auf dem allgemeinen Kongreß, so konnte auch hier über einen erfreulichen Aufschwung der Mauererbewegung berichtet werden. Nicht weniger als dreizehn Länder waren auf der Konferenz vertreten mit einer Mitgliederzahl von annähernd einer halben Million organisierter Mauerer. Von den namhaftesten europäischen

Staaten seien nur Frankreich und England nicht vertreten gewesen. Das sei jedenfalls auf die große Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dieser Länder zurückzuführen. Von den wichtigsten Beschüssen, die auf dieser Konferenz gefaßt worden, sei der Beschluß auf Einführung eines internationalen Mitgliedbuches vom Jahre 1910 an herabzuziehen. Ferner hätte auch die Unterfruchtungsfrage bei außergewöhnlichen Kämpfen ihre Erledigung in der Weise gefunden, daß in Zukunft Mittel von den stärkeren Organisationen zur Verfügung gestellt werden sollen; jedoch unterliege diese Angelegenheit der Regelung durch das internationale Sekretariat, das in diesem Jahre gebildet worden sei. Als dessen Vorsitzender wurde der Kollege Böhmeltz eingekleift. Aufgabe der Zukunft würde es nun sein, daß das, was zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung in Stuttgart beschloffen worden sei, verwirklicht würde. Dieser Besall lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Eine Disfussion fand nicht statt. Nachdem der Leiter der Verammlung noch kurz auf die kommenden Kämpfe im Baugewerbe, besonders auch auf die hier in Köln, hingewiesen hatte, wurde die Verammlung geschlossen.

Dieschel i. D. Schl. Am 6. Oktober hielt unser Zweigverein im Gewerkschaftslocal in Katowitz eine Zusammenkunft ab, in der zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt gegeben wurde. Danach hatte der Zweigverein am Quartalsabschluß 78 Mitglieder, die Localaffäre wies einen Kassenbestand von 27,98 Pf. an. In der Aussprache darüber meinte Kollege Hofmann, daß bei den Ausgaben für Agitation und Bekleidung der Gaunferrenen etwas mehr gespart werden könnte. Kollege Probst gab darauf einen Bericht von der Ausstellung für Bauarbeitersehung in Breslau. Er hob rühmend hervor, daß in diesem Falle auch die Stadt Breslau einmal Geld für ein Unternehmen übrig gehabt hat, das den Arbeiterinteressen

bient. Das müsse von uns anerkannt werden. Von der Ausstellung selbst könne man sehr viel lernen. Es seien dort Bauten, Gerüste und Skizzenanlagen, Bauweisen in verkleinertem Maßstab ausgestellt. Daneben hätten Photographien von Bauten mit stark hervortretenden Mischhänden Platz gefunden. Unter diesen letzteren hätten sich besonders viel Bauten aus Oberbayerien befunden, auch die Namen der Unternehmer sind mit Vermerk worden. Es ist zu hoffen, daß diese gute Ausstellung auf die ganze schlesische Bauarbeiterchaft, antegend wirken wird, sowohl in der Bekämpfung der zahlreich vorhandenen Mischhände, als auch in Verwertung der in der Ausstellung gegebenen Lehren und Beispiele. Nach dieser Erörterung wurde der Kollege Franz Gante zum Kassierer gewählt, worauf die Zusammenkunft ihr Ende fand.

Emden. Am 8. Oktober hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Versammlung ab, die ausnahmsweise gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Bericht von der letzten Vorstandssitzung betreffend der Abrechnung. 3. Wahl einer Vorstandskommission. 4. Bericht des Kassierers. Zunächst gab der Vorstand den Inhalt eines Briefes von Norderny bekannt, worin ersucht wurde, wegen gänzlicher Ausbreitung der im Bauwesen beschäftigten Arbeiter den Zugang zu erhalten. Als dann gab der Kassierer, Kollege Moris, der Versammlung die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Hierzu erklärten die Revisoren, daß sie die Kasse in ordnungsgemäßer Weise vorgefunden hätten, worauf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Erfolgreich ist es für unseren Zweigverein, daß wir am Schluß des dritten Quartals, trotz der schweren Bautenkonjunktur, unseren Kassenbestand auf die Höhe von 4.200 gebracht haben. Im zweiten Punkt gab der Vorsitzende den Bericht von der letzten Vorstandssitzung betreffend der Abrechnung. Zunächst führte er an, daß der Kollege Rämpen, nachdem er zum zweiten Mal eingeladen war, in der Sitzung erschienen sei und erklärt habe, er hätte keinen Anstand, wohl aber eine Gratifikation von je zwei M. 3 erhalten. Von den beiden in letzter Versammlung ausgeschiedenen Kollegen war der Kollege Albert mit Erlaubnis der Versammlung anwesend. Bemerkungen mußte hierzu noch, daß die Betroffenen, nachdem sie schon zweimal brieflich eingeladen waren, es nicht für nötig gehalten, in der letzten Versammlung zu erscheinen. Der Kollege Albert bewies, es in Abrede gestellt zu haben, und erklärte, es nicht wieder tun zu wollen, und verpflichtete sich, eine Buße von 10 M. zu zahlen. Dadurch blieb Albert der Organisation erhalten. Hierzu kam der schon in letzter Versammlung besprochene Fall Böcke und Kolz zur Sprache. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er durch Zeugen genügend beweisen könne, daß auch die beiden Kollegen den Sommer über in Abrede gearbeitet hätten. Kollege Böcke widersprach dem entschieden. In der Abstimmung wurde jedoch gegen eine Stimme angenommen, daß die Beweise wahr und vollständig genügend waren. In der darauffolgenden geheimen Abstimmung wurden die beiden Kollegen ausgeschlossen. Möge sich jeder Kollege diesen Fall zu Herzen nehmen und bedenken, wie schädlich die Abredearbeit für unsere Organisation ist. In der Herbstkommission wurden drei Kollegen gewählt, die für die reisenden Kollegen im Winter Sorge zu tragen haben. Dann wurden noch die Kollegen Schmiedebach und Dageborn als Revisor gewählt. Hierzu gab der Vorsitzende den Inhalt eines Briefes vom Arbeitgeberverband Emden bekannt, der uns die Kündigung des am 1. April ablaufenden Tarifes bekannt gibt. Von dem Tarifkontrollrat wurde festgestellt, daß noch verschiedene Kollegen mit ihrem Extrabeitrag im Rückstand sind. Der Vorsitzende erklärte, daß die Kollegen genügend Aufführung über den Zweck des Extrabeitrags erhalten hätten, und daß es der betreffenden Kollegen eigener Schaden wäre, falls sie ihre Sache nicht bald in Ordnung bringen würden. Er ermahnte sie nochmals, das bald zu tun. Nachdem dann noch die Abrechnung des Gewerkschaftsrates vom dritten Quartal bekannt gegeben wurde und verschiedene kleine Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Essen-Bottrop. Da uns hier auch nicht das kleinste Lokal, das unserer schwarz-blauen Brüder, zur Verfügung steht, wo wir unsere Angelegenheiten regeln können, müssen wir unser Jagdorgan in Anspruch nehmen, um unseren Kollegen die Quartalsabrechnung vom 3. Quartal mitzuteilen. Abgerechnet wurde am 6. Oktober. Einnahme für die Hauptkasse: 29 Eintrittsmarken à 50 M., 2251 Beitragsmarken à 60 M., 28 Arbeitslosenmarken à 80 M., 87 Futterale à 10 M. und 1060 Extramarken à 50 M. Gesamteinnahme für die Hauptkasse M. 1801,80. Ausgabe für die Hauptkasse M. 121,80, es wurden abgeliefert M. 1879,80. Einnahme der Lokalkasse: Bestand vom 2. Quartal M. 23,60, hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zahlstelle Bottrop zu Pfingsten erst selbstständig wurde. Anteil an den Beiträgen ufw. M. 114, an 291 Arbeitersekreteriatenmarken à 10 M. = M. 29,10. Gesamteinnahme für die Lokalkasse M. 186,70. Ausgabe der Lokalkasse M. 123,85. Bestand am Schluß M. 43,85. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Quartals 181, übergetreten von den Christlichen sind 4, zugereist (angemeldet) 182, abgereist (abgemeldet) 48, ohne Anmeldung (abgemeldet) sind 64. Gehen wir die widrigen Umstände (Mangel) usw. in Betracht, mit denen unsere Kollegen zu kämpfen haben, so könnte man mit der Abrechnung zufrieden sein. Aber nichtdestoweniger müssen unsere Kollegen durch mündliche Agitation und eifrige Mitarbeit dafür sorgen, daß Bottrop unser bleibt. Unser Augenmerk müssen wir darauf richten, daß die Kollegen, die mit ihren Beiträgen, Extramarken usw. im Rückstand sind, ihre Pflichten erfüllen, damit wir am Schluß des 4. Quartals keine Restanten zu verzeichnen haben. Wenn alle Kollegen den ernstlichen Willen haben, so wird es vorangehen, das beweist uns am besten die Abrechnung vom 3. Quartal. An dieser Stelle sei noch den Greifelder ausgesperrten Kollegen Dank gesagt, die uns so treu gefolgt haben. Ferner seien die Kollegen noch auf die am 27. Oktober, Nachmittags 9 Uhr, stattfindende Generalversammlung in Essen aufmerksam gemacht. Am Sonntag, den 3. November, Nachmittags 4 Uhr, findet für die Bottroper Kollegen, zusammen mit den Sterkradern, eine gemeinschaftliche Versammlung in Sterkrade statt, woselbst Kollege Wendler aus Herne referiert. Pöflichkeit genügt dieser Hinweis, sämtliche Kollegen zur Teilnahme hierzu zu bewegen. Treffpunkt Nachmittags 9 Uhr, Herberge, Hörterstraße. Und nun, Kollegen, weitergearbeitet am Ausbau der

Organisation, auf daß wir im nächsten Frühjahr beim Ablauf der Beiträge die Früchte unseres Fleißes ernten können!

Essen-Rotthausen. Unsere Zahlstelle hielt Sonnabend, den 6. Oktober, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung. Einnahme für die Hauptkasse: 16 Eintrittsmarken à 50 M., 37 Beitragsmarken à 60 M., 313 à 60 M. und 756 à 65 M., 11 Arbeitslosenmarken à 80 M., 19 Futterale à 10 M., Extramarken 434 à 50 M. Gesamteinnahme M. 929,75, Ausgabe M. 59,10; abgeliefert M. 870,65. Einnahme der Lokalkasse: Bestand vom zweiten Quartal M. 76,62; dazu Anteil an Eintrittsgeldern ufw. M. 56,10, 208 Sekretariatsmarken à 10 M. M. 20,80. Gesamteinnahme M. 163,52. Ausgabe M. 86,75, Kassenbestand M. 86,77. Nach der Festabrechnung vom 29. September blieben M. 6,20 übrig, diese kommen der Lokalkasse zu gute. Da unser früherer Kassierer, Kollege Krater, seinen Posten niedergelegt, wurde einstimmig Kollege Wallermann gewählt. Kollege Gernsheim wies auf die Erfolge und Fortschritte unserer Zahlstelle seit ihrer Gründung im Jahre 1905 hin und forderte die Kollegen zu treuer und eifriger Mitarbeit auf, damit unsere Zahlstelle an der Spitze marschieren könne. Seit unserer Mitgliederzahl infolge der Krise von 110 im zweiten Quartal auf 68 im dritten Quartal gesunken, so dürfte uns dieses nicht entmutigen. Ergeben wir unsere Kollegen zu tüchtigen Verbandsmitgliedern, brauchen wir vor der Zukunft nicht bange zu sein. Nachdem Redner noch auf die Versammlung am 19. Oktober, in der Kollege Michals aus Hagen referieren wird, sowie auf die am 27. Oktober in Essen stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht hatte mit der Bitte um eifrige Agitation für dieselben, wurde zur Wahl von drei Delegierten zur Zweigvereinskonferenz am 20. Oktober geschritten. Unsere Kollegen dürfen in der Agitation nicht erlahmen.

Gleichen. Am 6. Oktober tagte hier eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, in der Kollege Wilhelm Schulz aus Witten referierte. Im ersten Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom dritten Quartal, ergaben sich für die Hauptkasse M. 387,25. Unser Kassenbestand beträgt jetzt M. 154,90. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. M. 154,90 sollen auf der Sparkasse belegt werden. Hierzu wurde auf Antrag vieler Kollegen dem Kassierer Decharge erteilt. Dann hielt Kollege Schulz-Witten einen lehrreichen Vortrag über: Unsere Organisation und die diesjährigen Kämpfe, wofür er reichen Beifall erntete.

Scheffelsa. Am 5. Oktober tagte im Lokal des Herrn Wenzel, Reichardt, eine Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins, die leider sehr schlecht besucht war; es waren von 75 Mitgliedern nur 15 erschienen. Die Kollegen hatten es wohl gar nicht mehr für nötig, die Versammlung zu besuchen. Mit vieler Mühe gelang es, fünf Vorstandsmitglieder zusammenzufinden. Der Vorsitzende brachte die Extrasteuer in Erinnerung, die hier sehr schlecht gezahlt wird. Die Kollegen wurden eindringlich ermahnt, sich doch nicht zurückzuziehen, denn es kommt eine Zeit, wo sie ohne Hilfe des Verbandes nicht bestehen könnten. Nach nochmaliger Ermahnung, auf den Bauten mehr zu agitierten und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen. — Der erste Kassierer Emil Rehlaff wohnt jetzt Heiligegeiststraße Nr. 30.

Konstanz. Hier wird zur Zeit ein neues Schulhaus gebaut, das über eine halbe Million Mark an Baugeld erfordert. Obwohl nun diese Gelder von der Allgemeinheit der Konstanzer Einwohner aufgebracht werden, sinken deren Interessen wenig Berücksichtigung bei diesem Bau. Die Schuld daran trägt die ausführenden Firma, resp. deren Polier, Herr Steiner. Es ist notwendig, diesen Herren wieder einmal etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen. Seine lächerliche Abneigung gegen die Arbeiterorganisation ist bekannt, und selbst über die Arbeiterkreise hinaus erzeugt sein Verhalten Befindungen, man könnte auch jenen unwillen, wenn solche Empfindungen nicht immer durch die Komit. zerstört würden, die nun einmal Herr Steiner bei all seinem Einfluß begleitet. Zu bedenken ist nur, daß dieser Mann, der soviel von seinen arbeiterscheindlichen Taten reden macht, im Grunde genommen selbst Arbeiter ist. Denn wenn er auch augenblicklich ein Werkzeug der Ausbeutung ist, so war er doch früher Arbeiter und wird es mit dem Augenblick wieder, wo ihm sein Unternehmer den Laufpaß gibt. Man kann es uns nicht verdenken, daß wir uns auf diesen Zeitpunkt freuen; denn dann wird sich ja einmal Gelegenheit bieten, ihm zu zeigen, wie es auf den Lebenden Zeit wirkt, wenn man von seinen eigenen Klassengenossen unfehlbar behandelt wird. Das merken Sie sich, Herr Steiner! Als im letzten Sommer auch der hiesige Arbeitgeberverband beschloß, seine Maurer usw. einzustellen, die aus dem Berliner Lohngebiet kamen, da war es nur Steiner, der diesen Beschluß strikte durchführte; in den anderen Geschäften richtete man sich sehr wenig danach. Bei Herrn Steiner ist es streng verboten, während der Pausen in den Neubauten von der Organisation zu reden. Ebenso leidet er es auch nicht, daß vor dem Bau Flugblätter oder Verbandszeitungen verbreitet werden; er meint dabei, daß wir in einem freien Staate leben, wo so etwas nicht notwendig sei. Die freie Meinungsäußerung will er bei allen Arbeitern unterbinden, nur für sich selbst nimmt er sie sehr in Anspruch. Die Schimperei hört bei ihm gar nimmer auf. Als wir im Frühjahr einen Verbandslisten für den Bau forderten, erklärte er, das sei nicht nötig; einem Maurer könne ruhig etwas passieren, der brauche nicht bei jeder Kleinigkeit Verbandsliste, dafür seien dann auch die Vergütungen. Als dann aber die Angelegenheit im „Grundstein“ und „Volkstreu“ besprochen worden war, kam doch ein Kollege mit Verbandsliste nach dem Bau; jedenfalls aber wohl auf Veranlassung der Stabschefs. In der letzten Zeit scheint Herr Steiner völlig übergeschnappt zu sein; denn jetzt verlangt er von den Maurern, die dort arbeiten, sie müßten aus dem Verbandsaustritt, sonst würden sie entlassen. Es wäre traurig, wenn sich irgend ein Kollege durch die Drohungen dieses Menschen einschüchtern ließe. Bei dem Steiner wird sich das Sprichwort bewahrheiten, daß der Krug nur so lange zum Brunnen geht, bis er zerbricht. Wir glauben, Steiners Krug geht bald in Scherben. Und dann? Keulich besagte er sich darüber, daß wir nur bei seinem Unternehmer zu tadeln wüßten, ob-

wohl dieser die besten Löhne in Konstanz zahle. Die besten Löhne betragen bei Herrn Böper, das ist der Unternehmer, genau dasselbe, wie bei allen Konstanzer Unternehmern: für Tagelöhner bei zehnfähriger Arbeitszeit M. 2,30 bis höchstens M. 3,40 und für Maurer M. 3,80 bis M. 4,50 pro Tag. Dabei klagen die Hausgewerksmeister, daß sie nichts mehr machen lassen könnten, weil die Löhne zu hoch seien. Das glauben wir gern; denn wir wissen, daß die Unternehmer für einen Maurer pro Tag M. 8, für einen Gipser gar M. 7 in Rechnung stellen. Schreier dieses kann derartige Fälle jeden Tag anführen. In den Arbeiterkreisen liegt es also nicht. Diese leben im Gegenteil noch sehr unter den niedrigen Löhnen; denn Konstanz ist eine der teuersten Städte in Baden. Vom 1. Oktober an ist der Brotpreis wieder um 2 M. pro Kilo gestiegen; das ist in diesem Jahre bereits die dritte Steigerung des Brotpreises. Kommt dann aber der Arbeiter mit einer geringfügigen Lohnforderung, so wird gleich Jetermord geschrien, dann sind wir unerschämte. In den letzten Wochen nahm der Genosse Krohn im Stadtparlament Gelegenheit, über die Verhältnisse am Schulneubau zu reden. Auch wir sind der Meinung, daß unbedacht der internationalen Solidarität aller Arbeiter, die Zurücksetzung der einheimischen Bauarbeiter am Schulneubau durch den schon gekennzeichneten Steiner zu Gunsten der Italiener sehr zu tadeln ist. Allerdings, es ist wichtig, das zu betonen, hört die Bezahlung der Italiener auf, sobald sie organisiert sind. Hat Steiner die Wahl zwischen einem organisierten Italiener und einem unorganisierten Einheimischen, dann ist es natürlich ganz „national“, ist der Einheimische organisiert und der Italiener unorganisiert, dann ist sein „Nationalgefühl“ sofort über alle Berge. Man sieht, Herr Steiner, es war kein Fehler, aber doch ein würdiger Vertreter des Kapitals. Der Stadtverordnete Wataner meinte, die Unternehmer könnten nicht genug deutsche Arbeiter bekommen. Na, aduhsche, treue, mit jedem Lohn zufriedene Arbeiter sind freilich glücklicherweise knapp, sonst aber hätte der Bedarf in Konstanz noch reichlich gedeckt werden können; denn viele verheiratete und ledige Maurer ziehen es vor, auswärts zu arbeiten, ehe sie sich von dem Steiner verhehlen lassen. Und sie haben ein Recht, zu verlangen, daß sie dort Arbeit erhalten, wo ihre Steuergeldchen mit in Kasse kommen. Der Konstanzer Bauarbeiterverband rufen wir zu, sich zu organisieren, dann werden wir auch den Wäden und Tüden solcher Falsch ein Ende machen können, wie wir sie hier beschreiben haben.

Langelsheim. Sonntag, den 6. Oktober, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die leider sehr schwach besucht war. Dies kann unter keinen Umständen so weitergehen. Seit dem Streik im April sind die meisten Kollegen interesselos geworden. So soll es aber nicht sein. Es muß mehr auf den Bauten agitiert werden, und die säumigen Kollegen müssen angehalten werden, daß sie mehr an den Versammlungen teilnehmen. Der Bericht der Kartelldelegierten konnte nicht gegeben werden, da von den Delegierten keiner in der Lage war, einen Bericht zu erstatten; es konnten nur vom Vorjahren einzelne Punkte erläutert werden. Im Punkt „Verständnis“, wurde beschlossen, die nächste Versammlung Sonnabend, den 2. November, abzuhalten und Kollegen Varnsloh ein Referat halten zu lassen. Ferner werden die säumigen Kollegen, die keine Extramarken liehen, nochmals ermahnt, solche sofort zu bezahlen, da sie sonst keine Rechte nach § 27 b haben. Es wurde von den in Goslar beschäftigten Kollegen mitgeteilt, daß im „Volkstreu“ ein Artikel von Goslar gebracht wurde, worin gesagt wurde, daß die Goslarer Kollegen abreisen müßten und die Langelsheimer Kollegen die Arbeit dort hätten. Wir können feststellen, daß seit der Zeit, wo uns vom Zweigverein Goslar mitgeteilt wurde, es hergehe daselbst Arbeitslosigkeit, kein Kollege von hier dort in Arbeit getreten ist. Es ist bedauerlich, daß die Goslarer Kollegen (nicht alle) unseren dort beschäftigten Kollegen den Verdienst nicht gönnen, da doch leider unsere Kollegen nicht alle in Langelsheim beschäftigt werden können. Die Goslarer Kollegen sollten deshalb mehr Toleranz üben. (Wenn das Papier wieder auf beiden Seiten beschriebener wird, wandert es in den Papierkorb. Red. d. „Grst.“)

Witten. Hier tagte am 6. Oktober eine außerordentliche Quartalsversammlung. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierzu referierte Kollege Hartl aus Wüdingen über: Lohnbewegung und Agitation.

St. Johann. Mit den Geisteskräften der Saarabänder „Christen“ ist es bekanntlich sehr dürftig bestellt, weshalb es diese Ehrenmänner nicht sehr schmähen, ihr Waffenarsenal hier und da mit einer recht kräftigen Schwindelei zu bereichern. So bringt die „Baugewerkschaft“ in ihrer Nr. 41 eine Vorgeschichte, die man eine Meile weit als ein Maßwerk der Lüge erkennt. Dies unkontrollierbare „Christliche“ Geschreibsel scheint aus derselben Feder zu kommen, wie das in Nr. 14 der „Baugewerkschaft“ verbreitete Gerücht, wonach einer unserer Kollegen ein christliches Mitglied mit dem offenen Messer bedroht haben sollte, was sich aber nachher, als man der Sache auf den Grund ging, als plumper Schwindel erwies. Nach der „Baugewerkschaft“ sollen zwei „Christliche“ Maurer beim nächtlichen Plakatlernen von sozialdemokratischen Arbeitern überfallen und mißhandelt worden sein, was wir, wenn wir die Verlogenheit „Christlicher“ Ehrenmänner nicht gar zu gut kennen, ebenso beurteilen würden, wie der Artikelsschreiber von der „Baugewerkschaft“. Da aber das eble Blatt an die mitgeteilte Moritat noch die sehr durchsichtige Frage anhängt, ob nicht gar „einer oder der andere rote Führer die Hand im Spiele habe“, so halten wir die ganze Geschichte für eine frei erfundene christliche Gemeinheit. Wenn der Artikelsschreiber, als den wir Brandel vermuten, nun glaubt, durch die Verlogenheit der angeführten Schlichtungskommissionen obige Mitteilung als einen planmäßigen Lieberfall, bei dem der „rote Führer“ jedenfalls die Hand im Spiele habe, stempeln zu müssen, so wollen wir darauf nicht näher eingehen, möchten ihm aber den Rat geben, den Charakter anderer Leute nicht nach seinem eigenen zu beurteilen. Brandel ist in der von ihm angeführten Schlichtungs-

Kommissionenstellung tatsächlich so festgestellt, daß sich seine eigenen Mitglieder ihres Führers schämten: Nächstens nicht gar zu plump, ihr braven „Christen“!

Der Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz

Am 27. und 28. September einen Verbandstag in Bern ab, woran außer den Vertretern der schweizerischen Organisation die Kollegen Quaglino-Turin, Hörter-Mannheim und Bömelburg-Hamburg teilnahmen. Dem Vorstandsbericht entnehmen wir folgendes:

Im Jahre 1906 fanden siebzehn und 1907 vier Streiks statt. Ganz wenige haben mit vollem oder teilweise Erfolg für uns beendet werden können; wo nicht der Mangel an Geld die Schuld war, war es das Fehlen der Organisation. Die Beobachtung, daß dort, wo von Organisation fast keine Rede sein konnte, die meisten Streiks ausbrachen, zeigt zur Genüge, daß in Zukunft eine andere Taktik eingeschlagen werden muß. Alle außer zwei Streiks sind ohne Genehmigung des Zentralvorstandes ausgebrochen. Es sind deshalb Beschwerden, die wegen mangelnder Unterstützung eingegangen sind, in der Regel zurückgewiesen worden, abgesehen davon, daß der meist wichtigste Grund im Mangel an finanziellen Mitteln lag. In einigen schwierigen Fällen und auch zur Unterstützung der Agitation hat der deutsche Bruderverband, bestehend aus eingetragenen, aus den Zahlen der dem Verband beigetretenen Sektionen und dem heutigen Mitgliederstand (6500) ist zu ersehen, welche Arbeit bei der Agitation geleistet werden mußte. Beschwerden mußte geführt werden über einzelne Sektionen, die auch nicht die geringsten Mitteilungen über die Verhältnisse am Orte machten. Im guten Glauben an ihr Konstruktiv, was ihnen der Örtliche Kongreß gegeben habe, dadurch, daß die Wahlen des Verbandsvorstandes durch die Vorortssessionen vorgenommen wurden, haben die Wähler Kollegen die Organisation wiederholt in schwierige Situationen gebracht. Die Gesamteinnahme vom 1. Juli 1906 bis 24. September 1907 beträgt Frs. 67 281,85, davon entfielen auf den Deutschen Verband ohne die Zeit vor 1. Juli 1906 — Frs. 11 260, — Frs. 5630,85 sind Einnahmen, die mit den regelmäßigen Einnahmen der Organisation nichts zu tun haben, infolgedessen bleibt eine ordentliche Einnahme von Frs. 56 021,85. Eintrittsmärkte sind rund 12 000 verkauft worden — Frs. 6000. 19 091 Faltblätter für Mitgliedsbücher — Frs. 1204,10, von der italienischen Sektion Basel aus der Vorkasse überwiegen Frs. 622,40 und auf Seiten der Maurer gesammelt Frs. 579,80. Es bleibt also für die Wochenbeiträge inklusive Streiklohnmarken die Summe von Frs. 41 764,70.

Die Ausgaben belaufen sich auf Frs. 63 228,44, so daß ein Kassendefizit von Frs. 4063,41 verbleibt.

Die Bilanz der Verbandstagsverhandlungen ist, daß nach lebhafter Aussprache mit starker Majorität beschloffen wurde, den Wochenbeitrag (40 Wochen im Jahre) auf einen Stundenlohn festzusetzen. — Zustimmung wurde der internationale Kartellvertrag anerkannt.

Maurerkongress in Italien.

Am 22. und 23. September hat in Turin eine Zusammenkunft der Hauptorgane des italienischen Bauarbeiterverbandes stattgefunden. Anwesend waren 31 Vertreter des Verbandes, Genosse Bömelburg als internationaler Sekretär und Genosse Valär in Vertretung des schweizerischen Arbeitersekretariats. Der Sekretär des italienischen Verbandes, Genosse Duagino, betonte in seinem Referat, daß eine Erhöhung des Verbandsbeitrages notwendig geworden ist, wenn man den dringenden Bedürfnissen der Organisation nachkommen will und wenn man wünscht, daß diese zeitgemäß fortgeschritten. Bleibt man in Betracht die vor kurzem geschlossenen Verträge mit den Organisationen anderer Länder, die uns größere Pflichten auferlegen und den Kampf mit den organisierten Unternehmen, der immer erbitterter wird, so muß man zur Einsicht kommen, daß die Verbandsbeiträge absolut nicht zu vermindern ist. Hier auf nahmen mehrere Redner das Wort, die für und gegen die projektierte Verbandsbeitragssteigerung sprachen. Zum Schluß hielt Genosse Bömelburg eine längere Rede, in der er den Anwesenden die Geschichte der Entwicklung des deutschen Maurerverbandes vor Augen führte. Er bewies auf Grund statistischer Daten, wie der Verband, solange die Beiträge klein waren, gar nicht den Anforderungen, die er sich gestellt hatte, nachkommen konnte. Die Kämpfe mit den Unternehmen wurden immer wichtiger und die Mittel, die dem Verbande zur Verfügung standen, waren durchaus nicht ausreichend. Erst als sich die deutschen Kollegen entschlossen, den Beitrag zu erhöhen, gelang es dem Verbande, seine moralische und finanzielle Bedeutung zu erlangen, die auch den Gegnern imponiert und die es ihm ermöglicht, die meisten Kohlenbewegungen zu gunsten der Arbeiterkraft zu erledigen. Der Widerstandsfonds wurde auf diese Weise auf eine Höhe von circa zwei Millionen Mark gebracht.

Einige Redner erhoben das Bedenken, daß sich mit der Beitragssteigerung die Neiden der Organisierten leicht würden; Quaglino und Bömelburg antworteten, daß dies freilich in kleinem Maße geschehen werde, in kurzer Zeit aber wird die Zahl der Neueinsteiger jense der Ausgetretenen bedeutend überlegen, denn die erhöhte Leistungsfähigkeit der Organisation wird den Arbeitern mehr Vertrauen einflößen.

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag auf Beitragssteigerung einstimmig angenommen und zwar in der folgenden Form:

35 Cent monatlich für die Kollegen (Häufig- und Erdbauarbeiter im allgemeinen ausgeschlossen), die mehr als 8 Lire täglich verdienen. 25 Cent für die Kollegen, die einen täglichen Verdienst zwischen 2 bis 2,99 Lire haben, und 20 Cent für die Kollegen, die weniger als 1,99 Lire täglich verdienen.

Nachdem Bericht soll den Kollegen in den einzelnen Gauen zur Urabstimmung unterbreitet werden.

Es wurde sodann der Bericht über den Verlauf der internationalen Konferenz in Stuttgart erstattet. Der internationale Kartellvertrag wurde einstimmig angenommen. Die Beitragssteigerung soll mit dem 1. April 1908 in Kraft treten. Der nächste Kongreß wird im Februar 1910 abgehalten.

Einem Wunsch der internationalen Konferenz entsprechend, wird beschlossen, daß auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses auch die Einführung des wöchentlichen statt des monatlichen Beitrages gesetzt werden soll, und zwar wird vorgeschlagen die Höhe des halbjährigen Verdienstes auf 40 Wochen im Jahre, ausgeschlossen die Monate Dezember, Januar und Februar.

Quaglino berichtete schließlich über die Frage der Auswanderer und erklärte, daß man mit den interessierten ausländischen Verbänden Vereinbarungen getroffen habe zu einer entsprechenden intensiven Agitation. — Mehrere Redner machten die Teilnehmer auf gewisse Arbeitsnachweise (die Opera Bonomelli) aufmerksam, die den Unternehmern vortreffliche Streikbrecherdienste leisten.

Die Konferenz der italienischen Kollegen ist von außerordentlicher Wichtigkeit gewesen, sowohl wegen der Beschlüsse, die gefaßt wurden, als wegen des Strebens, die Organisation auf moderne Basis zu lenken, das bei allen Rednern erkenntlich war. Wenn sich dieses Bestreben der Führer auch unter der italienischen Kollegenchaft verbreitet, wird sich der italienische Bauarbeiterverband in kurzer Zeit den großen Organisationen anderer Länder würdig zur Seite stellen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 6. bis 12. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der ersten Verwaltung in Hamburg M. 600, Niddorf 500, Steglitz 800, Kirch-Steinbe 800, Harthor 800, Zehse 250, Gotha 250, Wiltz 200, Jordan-Paradies 200, Bremen 181,91, Osterberg 180, Schwarbau 178,34, Dahlenburg 160, Wandlitz 160, Magburg 139,25, Bräuer 117,80, Wronberg 100, Budow 100, Lützen 100, Görske 100, Gorkow 100, Tietzow 100, Wittenau 100, Gräter 90, Bangerleiob 66,81, Regio 60, Hilbers 60, Summa M. 4868,91. Zuschüsse erhielten: Königsberg i. Pr. M. 400, Bernau in der Mark 200, Summa M. 600.

Aktiva, den 12. Oktober 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Stierbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziffer 1 alinea a der Satzung sind folgende Mitglieder: Gulda Siebert (247), Margaretha Nollis (684), Anna Riegmann (785), Auguste Riegmann (786), Amalie Jakob (1141), Anna König (1911), Max Hühne (3167), Luise Hüpe (3184), Agnes Hebrich (3588), Karl Hühne (3898), Frieda Hühne (3897), Frieda Hühne (3898), Franz Heide (3801), Edom Engelbert (3800), August Heide (1057), Clara Krüger (3208).

Der Vorstand.

J. A. W. Themat, Vorsitzender.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinführungen, überhaupt von allen wichtigen Vorankommnissen auf den Bauten sogleich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Mannheim. Der Maurer Joh. Raier aus Mundheim war mit noch einigen Kollegen mit dem Abbrücken an einem Bau in der Augustenstraße, Unternehmer Köhler, beschäftigt. Bei dem Einabrechen einer Mauer blieb W. an einem Eisen hängen und fiel rücklings aus einer Höhe von 10 m herunter. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Münster i. W. Auf bisher unaufgeklärte Weise kürzte Sonnabend, den 12. Oktober, der Maurer August Ring aus Gernershausen von einem ungefähr 3 m hohen Gerüst. Der Verunglückte stürzte mit dem Kopfe auf das Straßengitter und trug einen schweren Schädelbruch davon, so daß er sofort ins Spitalist gebracht werden mußte. Hier ist er am Sonntag Morgen seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Unfall ereignete sich an dem Durchbau des Unternehmers Forstung in demselben Augenblick, als der leitende Arbeiter gerade abging.

Neustadt. Am 7. Oktober, Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, erlitt unser Kollege Georg Raubauer auf dem Neubau Viktoriastraße infolge eines Fehltritts einen schweren Unfallsfall. Der genannte Kollege war bei dem Mauern einer Hauptdele beschäftigt, wobei er einen Fehltritt tat, über den Giebel stürzte, und sich den rechten Fuß oberhalb des Knöchels brach; außerdem erlitt das linke Bein noch eine schwere Beschädigung. Der Schwerverletzte wurde mittels eines Krankenwagens von seinen Kollegen in seine Wohnung geschafft; er wird wohlgenal an seinen Verletzungen zu leiden haben.

Neudlinghausen-S. Als. An dem von der Firma Walter aus Neudlinghausen aufgeführten Neubau des Kohlenhauses hiesiger Gasse stürzte eine Betonbede ein. Der Maurerpolier Tiedmann erlitt so schwere innere Verletzungen, daß an seinem Auskommen gewagt wird. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß der verunglückte Arbeiter die Bede einen Tag nach der Fertigstellung auswechseln ließ und er selbst sich während der Auswechselung auf die Bede stellte.

Senftenberg. Bei den Aufbaumarbeiten der durch Explosion zerstörten Zementfabrik der Anhalter Werke bei Senftenberg verunglückte der Schmied Karl Schneider am 7. Oktober tödlich. Schneider war damit beschäftigt, die mit dem Mauerwerk verbundenen Träger zu lösen. Die Abbrucharbeiten wurden in Afford ausgeführt. Als nun drei Mann einen Träger, der unter einem Ofenschloß lag, beseitigen wollten, schlug der Schlot um und traf Schneider so unglücklich, daß er einige Stunden danach seinen Verletzungen erlag.

* Submissionsblätter. In Hannover beabsichtigen sich auf dem Wege der Submission für 14 Herren, so sich Maurermeister oder Architekten nennen, um die Maurerarbeiten zu einem Schulbau, bei welcher Gelegenheit sich das Realisationsvermögen der Herren Baumeister werden einmal glänzend bewähren. Die Angebote enthalten folgende Forderungen und Preisunterstützungen:

M. 45331,81	M. 64877,40	M. 61498,98
48406,80	66516,15	64025,52
47181,40	67139,05	67093,25
51206,40	68675,55	68923,58
58779,76	60641,80	

Der billigste Mann ist ein Architekt Gruber, der teuerste ein Maurermeister Winkmann. Es muß doch eine furchtbare schwere Arbeit sein, den Preis festzustellen, für den man so und so viel Kubikmeter Mauerwerk, Quadratmeter Fuß z. c. herstellen kann; denn es ist doch nicht annehmbar, daß der eine an einem gar nicht mal so großen Bau gleich M. 24 000 verdienen, ein anderer aber dieselbe Summe zulegen möchte. In welche Gemütspein mögen die Submittenten die Baubeamten gebracht haben, die ihrer Behörde doch auch einen Kostenanschlag vorlegen müssen. Wenn soll das Stadtbauamt nun glauben: dem niedrigsten oder dem höchsten, Submittenten, oder dem Baumeister, der möglicherweise die Arbeit nur auf M. 40 000 schätzt? Um aus diesem Dilemma herauszukommen, sollten die Stadtbauämter kurzerhand zum Regiebau übergehen.

Aus anderen Berufen.

* Deutsche Streikbrecher im Auslande. Der „Frankfurter Tagespost“ schreibt ein Korrespondent aus Amsterdam: Schon bei dem Hafenarbeiterstreik in Antwerpen ist es aufgefallen, daß eine größere Zahl Streikbrecher aus Deutschland, namentlich aus Hamburg, kam. Es blieb damals jedoch zweifelhaft, ob es Deutsche waren oder Engländer, die noch vom Hamburger Streik dort waren. Nun aber hat sich in Rotterdam der Umstand wiederholt, daß aus Deutschland große Streikbrechermaassen herangeführt wurden. In Rotterdam freilich seit einigen Wochen die Kontraktsporeure im Hafen um beschiedene Forderungen, die von den Unternehmern in schriftlicher Weise abgelehnt werden. Und nun kommen aus Essen und Umgebung hunderttägige Arbeiter, um die von den Rotterdamern niedergelegte Arbeit aufzunehmen. In einem Transport kamen 400 Mann. Diese Gesellschaft wird in einer konfessionellen Zeitung: „Nieuw Rotterdamse Courant“, die scharf gegen die Streikenden Stellung nimmt, wie folgt geschildert: „Unter den Fremden sind heute allerlei Art. Ganz junge Männer, aber auch stämmige Kerle mittleren Alters. Einige tragen Salzfalten, andere haben fast keine Kleidung, einige waren in blohem Kopfe. Im Kampfe unterwegs haben sie ihre Kopfbedeckung verloren. Einige haben Gepäcke bei sich. Wieder andere waren betrunken. Ein Schaffner, der die Reise mitmachte, teilte mit, daß sie sich in Antwerpen abscheulich benommen hätten. Auf dem Bahnhof brachen sie Transportwagen auf und stießen Wurf, und als die Polizei kam und einige von den Reuten verhaften wollte, gab es sofort ein schreckliches Geseuf der ganzen Bande. Aus dem Zuge warfen sie mit Flaschen und als der Zug sich in Bewegung setzte, schossen sie mit Revolvern. In Leiden haben sie sich in derselben Weise betragen und man hat eine Uhr aus einem der Bahnhofslokale gestohlen. In Utrecht, wo man erwartet war, stand ein starker Polizeiaufgebot auf dem Bahnhof, das mit Gewalt verbinde, daß die Deutschen den Zug verließen. Während der ganzen Reise gab es einen Schellenlärm.“

Aus dem Kontrakt, den die Streikbrecher unterschreiben müssen, teilt der „Havenarbeiter“, das Organ der Streikenden, das Folgende mit:

„Der unterzeichnete Arbeiter verpflichtet sich, dem Stauerbetriebe (Unternehmerbetriebe) Rotterdam gegenüber mit eigenhändiger Unterschrift, unter den nachstehenden Bedingungen nach Rotterdam zu fahren und dort alle Arbeiten zu leisten, welche für das Einladen, Ausladen, für die Kohlenverförmung und das Reinigen der Schiffe notwendig sind, und zwar sowohl auf dem Lande, wie an Bord eines Schiffes, in dem Rotterdamer Hafen oder auf der Waas, sowohl während eines Streiks oder einer Aussperrung, je nachdem diese beendet ist.“

Dieser Vertrag gilt für eine Woche. Arbeiter, die ihre Arbeit vorher aufgeben, zahlen M. 60. Werden die Arbeiter länger als eine Woche beschäftigt, dann kann der Vertrag beiderseitig mit einseitiger Kündigung beendet werden.

Die Reise, die Verpflegung und den festgestellten Tageslohn bekommt der Arbeiter auf der Fahrt frei, und auch auf der Rückreise, sofern er nur mindestens eine Woche lang an der Arbeit bleibt.

Die Arbeiter haben immer den Befehlen der Werkführer nachzukommen. Nach zehn Uhr darf in den Schlafstellen kein Licht mehr brennen, ausgenommen das Notlicht. Die Arbeiter empfangen während des Streiks oder der Aussperrung Unterkommen an Bord oder zu Lande und freie Verpflegung.

Arbeiter, die durch Krankheit oder aus anderen Ursachen untauglich zur Arbeit werden, empfangen keinen Lohn. Der Arbeiter, der seinen Obliegenheiten nicht nachkommt, betrunken ist, gemeine Reden führt, ungehorsam ist usw., kann sofort entlassen werden und hat kein Recht auf freie Rückreise und Vergütung.“

Wie man sieht, ein regelrechter Sklavenkontrakt.

Polizei und Gerichte.

* Der heimliche Vollzeitschiff. Die Mitglieder des Braunschweiger Zweigvereinsvorstandes erhielten im Frühjahr d. J. Strafmandate von je M. 15. Sie hatten die preussische Ordnung, die heilige, segensreiche, dadurch freventlich verlegt, daß sie die Mitglieder, die sie in einer Hüllzelle, Liederbau a. G. H., nicht beim Antritt, am in Goslar angemeldet hatten. Der Zweigvereinsvorstand erhob gegen die Strafbefehle Einspruch, und zwar mit der Begründung, daß die Mitglieder in Liederbau kein selbständiges Vereinsleben führten, sie seien dem Zweigverein angeschlossen, der seinen Sitz in Braunschweig habe, und seien darum nur dort angemeldet. Das sei geschehen. Das Amtsgericht in Goslar verwarf den Einspruch und zwar mit einer durchaus unzureichenden Begründung, so daß auch gegen dies Urteil Berufung eingelegt wurde. Der zweite Termin fand dann am 27. Juni vor der Strafkammer in Hildesheim statt. Hier glaubte das Gericht nun auch etwas Besseres tun zu müssen. Das

Vorsitzende des Braunschweiger Zweigvereins, Kollege Schulz, hatte auch das in Deutschland fürchterliche Verbrechen begangen, in einer Versammlung der Viehburger Mitglieder am 17. Dezember 1906 über politische Angelegenheiten, nämlich über den Reichstag, gesprochen zu haben. Die Erörterung politischer Themen sei aber nach dem Statut des Mauerverbands, weil nicht im Rahmen des Vereinszweckes liegend, unzulässig. Auf diesen Sermoen wachte sich das Landgericht erst einmal sagen lassen, daß der Präsident recht schlecht beraten sei, denn in dem zur Zeit gültigen Statut des Verbandes sei überhaupt keine Rede davon, ob politische Erörterungen gestattet seien oder nicht. In diesem Termin kam kein Urteil zu stande. Man vertagte die Sache, um ein für 1908 gültiges Statut zu beschaffen und die früheren Kassierer der Zahlstelle Salzgitter, zu der Viehburg gehörte, als Zeugen zu laden. Die Gendarmerie lief dann 14 Tage lang in Salzgitter herum, um den Vorstand der Zahlstelle zu finden, erhielt aber immer die Antwort: Der Vorstand hat seinen Sitz in Braunschweig. Der letzte Termin fand dann am 28. September wieder in Hildesheim statt. Diesmal kam der Gerichtshof zu einem freisprechenden Urteil, und zwar mit derselben Begründung, die der Zweigvereinsvorstand seiner Vertagung angeführt hatte. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt, aber die Uebervand der Verteidigungskosten lehnte das Gericht mit der sonderbaren Begründung ab, daß die Sache für die Angeklagten so klar gelegen hätte, daß es ihrerseits gar keines besonderen Aufwandes zur Verteidigung bedurft hätte. Das Gericht spricht also den Angeklagten mehr juristische Einsicht zu, als dem Amtsgericht und dem Landrat in Goslar.

Eine zweite Nummer. Die Kollegen von Salzgitter, Viehburg, Ringelheim usw. wollten in Gemeinschaft mit den übrigen organisierten Arbeitern von Salzgitter am zweiten Pfingsttag d. J. ein Sommervergnügen in einem auf einer Wiese in der Nähe Salzgitters errichteten Zelte abhalten. Als sie, um Scherereien aus dem Wege zu gehen, die Genehmigung vom Landratsamt in Goslar einholten, wollten, wurde sie ihnen mit der Begründung verweigert: es wäre als Festredner der Arbeiterleiter Reinert aus Hannover vorgesehene, daher könnten unter Umständen 10 000 Personen dort zusammenkommen und die öffentliche Sicherheit könnte dann gefährdet werden! Die Kollegen verzichteten dann auf die Festrede und ersuchten nun um die Genehmigung. Aber auch jetzt wurde sie ihnen nicht erteilt. Darauf wurde das Vergnügen als geselliges Vereinsvergnügen abgefaßt, wozu landesrätliche Genehmigung nicht erforderlich war. Unter ständiger Gendarmeriebegleitung hat das Vergnügen auch stattgefunden. Der Gendarm hatte dann aber derartige Entdeckungen gemacht, daß der Kollege Schulz aus Braunschweig, obwohl er gar nicht auf dem Vergnügen anwesend sein konnte, zwei Kollegen von Salzgitter und der Gastwirt Rattmann ein Strafmandat über je 20 Mark erhielten, und zwar wegen unerlaubter Ausübung der Schankwirtschaft, wozu die Genehmigung des Landratsamtes erforderlich war. Hiergegen wurde Berufung eingelegt. Das Viehburger Amtsgericht, das sich mit der Sache zu befassen hatte, kam zu einem Freispruch, da keinem der Beteiligten ein Vergehen, in der vom Landratsamt in seiner Anzeige angeführten Art nachgewiesen werden konnte. Für derartige Leistungen werden in Deutschland Behörden bezahlt! Gibt es eigentlich nichts Besseres für sie zu tun, als Arbeiter zu schikanieren und die Staatsgelder auf solche Weise zu verpulvern?

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 2 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Monarchie und Sozialdemokratie. — Der britisch-russische Ausgleich in Mittelasien. Von M. Beer. — Sozialdemokratische Mandatsvermerkungen von den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Surshy (Petersburg), II. (Fortsetzung). — Familienbriefe von Karl Marx. Von Franz Wehring. — Eine Verurteilung in Sachen Mottek. Von A. Bebel. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 4.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 26 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Urteile der Disziplinargenichte gegen Dr. Karl Peters, Reichskommissar a. D. Verlag von G. Wirt & Co. m. b. H., München. Preis 40 Pf. Die Urteile der höchsten, von den Scharfmaßnahmen ungehindert bejähigten Gerichtshöfe bilden ein wichtiges kulturhistorisches Dokument, ohne welches gewisse Koloniale. Zustände ebenso wenig verstanden werden können wie die Verhältnisse des Peters. Sie enthalten amüsantes Material, das bei jeder Kolonialdebatte den Genossen gute Dienste leisten wird.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 21 des 25. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Marineschiffe“ und „Im französischen Hauptquartier zu Marokko“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

Reinhardt, S. M. Wir raten, die Kosten zu bezahlen, wenn pflanzbare Gegenstände vorhanden sind. Die Gerichtskosten von 1893 sind noch nicht bezahlt.

Oranien, R. Die Bierbezüge sind auch schon für Nr. 40 zu spät. Willst du sollen wir noch darauf hinweisen, daß Bierbezüge innerhalb der ersten Woche eingekauft werden müssen.

Blankenhain. Der „Grundstein“ nimmt nur von Bauunfällen Notiz.

Salz, R. Wir haben die Angelegenheit trotz Deinem Einspruch für erledigt. Jedes Ding muß ein Ende haben. Was Du noch zu sagen hast, haben wir sinngemäß aus Deiner Erwiderung abgedruckt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 Pf.)

Barmen-Eiberfeld. Am 6. Oktober starb unser Verbandskollege **Richard Fischer** in Barmen im Alter von 80 Jahren an der Prostataerkrankung.
Berlin. Am 6. Oktober starb nach langem Leiden unser Mitglied **Gottlieb Pohl** im Alter von 45 Jahren an Gehirnverwundung. — Am 8. Oktober starb nach langem Leiden unser langjähriger Mitglied **Gustav Klebs** im Alter von 46 Jahren an Magenkrebs.

Bielefeld. Am 11. Oktober starb der Kollege **Wih. Sewing** im Alter von 85 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Brieg. Am 30. September starb unser Mitglied **Hermann Holdt** im Alter von 64 Jahren an Muskelfeuchtheitsmus und Herzschwäche.

Berlin. Am 6. Oktober verschied nach schwerem Leiden unser Verbandskollege **St. Dykiewicz** im Alter von 89 Jahren an Darmverengung.

Gelsenkirchen. Am 10. Oktober starb unser Mitglied **Alb. Knifke** im Alter von 80 Jahren infolge Verletzungen durch Leberfall.

Guben. Am 30. September starb unser Kollege **Gustav Pleitig** im Alter von 51 Jahren an einem langwierigen Brustleiden.

Kranzfeld. Am 10. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Friedrich Gromm** im Alter von 67 Jahren an Drüsenentzündung.

Langenbielau. Am 4. Oktober starb nach langem Leiden unser Mitglied **Hermann Klein** aus Seckersau im Alter von 36 Jahren an Lungenentzündung.

Limbach i. E. Der am 26. September gestorbene Kollege heißt nicht **Wenzel**, sondern **Albers Cejka**.

Ludwigschafen. Am 2. Oktober starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege **Fritz Achmann** im Alter von 46 Jahren.

Münster i. W. Am 13. Oktober starb unser Kollege **August Ring** aus Germerhausen im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Sturzes.

Ehre ihrem Andenken!

Nortorf.

Alle für den Zweigverein Nortorf bestimmten Sendungen sind von jetzt an, an den Kollegen **W. Schmidt**, Niederrstraße, zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

Oranienburg.

Die Gewerkschaftsherberge befindet sich nicht bei Heißer, sondern bei **Fritz Heider**, Wühlensstraße. [M. 1,20]

Penig.

Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab Schulgasse 159, [M. 1,20] **Herm. Kertischer**, Vorsitzender.

St. Johann a. d. Saar.

Der Zweigverein St. Johann sucht einen

Lokalbeamten.

Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen und gegenwärtigen Arbeiterbewegung, sowie der Verwaltungsangelegenheiten des Verbandes. Die Bewerber müssen außerdem rednerisch begabt und mit den Verhältnissen im Saargebiet und der Pfalz vertraut sein. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsatze über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen. Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens zum 1. November d. J. an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Der Zweigvereinsvorstand.

J. A. Josef Schrotz, [M. 5,10] St. Johann a. d. S., Gerberstraße Nr. 24.

Grünitz wird der Maurer **Oskar Krüger**; er ist geb. am 15. April 1883 zu Giesleben und hielt sich zuletzt in Kiel auf. Er wird gebeten, seine Adresse an den Zweigvereinsvorstand oder an seine Eltern in **Eisleben** mitzuteilen. [M. 1,50]

Der Kollege **Fritz Seifert** aus Wittenen b. Merseburg wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Kollegen **Karl Faust** gegenüber nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden ersucht, dem Zweigverein **Essen** Mitteilung zu machen. [M. 1,50]

Der Kollege **Otto Schmidt** aus Moorburg, geb. 19. September 1888 (Verb.-Nr. 814 888), wird um Angabe seiner Adresse ersucht, entweder an **Karl Kopp**, Nordenham, Hanfingstraße bei Aug. Gupe, oder an den Kassierer des Zweigvereins Nordenham. [M. 1,50]

Krausnick.

Sonntag, den 20. Oktober, Nachm. 3 Uhr:

Zehntes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Otto Legien**.

Münch. Theater und Ball Die Kollegen von Krausnick und Umgebung werden herzlich eingeladen. [M. 2,80] Der Vorstand.

Luckenwalde.

Sonabend, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr:

* Stiftungsfest *

bei Wih. Mittag, bestehend in Theateraufführung, humoristischen Vorträgen und darauffolgendem Ball. Zur Aufführung gelangt:

Die Zollvorlage.

Schwank in zwei Akten von Voltmann. Die Kollegen von Luckenwalde und Umgebung sind hierzu ergebenst eingeladen. [M. 4,50] Der Vorstand. Das Vergnügungsfomitee.

Westerhausen a. Harz.

Sonntag, 3. November, Nachm. 4 Uhr:

Erstes Stiftungsfest

im Saale „Deutsches Haus“.

Sämtliche Kollegen von hier und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Cüstrin.

Sonabend, den 26. Oktober 1907:

Achtes Stiftungsfest.

Alle Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, den 19. Oktober.

Bergedorf. Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Warrne, „St. Petersburg“.

Sonntag, den 20. Oktober.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Weidemann in Reichendorf.

Schlade a. H. Nachm. 4 Uhr im „Gutes Saalbau“. Vortrag des Kollegen Schulz.

Dienstag, den 22. Oktober.

Liegnitz. Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 23. Oktober.

Sommerfeld. Abends 7 Uhr in Kitzlingsversammlung im Vereinslokal. Referent ist anwesend.

Donnerstag, den 24. Oktober.

Berlin. Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Wedding.** Oranienburger Vorstadt und Moabit.

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!

— **Vorort 1 u. 2.** Wesp. 8 Uhr im „Gasthof zum Winter“. L. O. Quartalsabrechnung. Wähler mitbringen!